

»Eigentlich sind wir hier schon das Vereinte Europa« Integration vor Ort gestalten

Handlungsmodelle für die nachhaltige Integration
von Familien mit Migrationshintergrund in Kommune und Stadtteil

Monika Jaeckel, Wolfgang Erler

Monika Jaeckel
Wolfgang Erler

»Eigentlich sind wir hier schon das Vereinte Europa« Integration vor Ort gestalten

Handlungsmodelle für die nachhaltige Integration von Familien mit Migrationshintergrund in Kommune und Stadtteil

Erkenntnisse und »best practice«-Beispiele
aus dem Forschungsprojekt »Der soziale Nahraum in
seiner Integrationsfunktion für Familien ausländischer
Herkunft – ein innovativer Ansatz der Familienbildung«

Gefördert vom Bayerischen Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Februar 2003

Projekt:

Der soziale Nahraum in seiner Integrationsfunktion für Familien ausländischer Herkunft in Bayern – ein innovativer Ansatz in der Familienbildung

Gefördert durch das

Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Bearbeitung: Wolfgang Erler, erler@dji.de und Monika Jaeckel, jaeckel@dji.de

Bestellung der Broschüre:

Deutsches Jugendinstitut
Abteilung Familie und Familienpolitik
Nockherstr. 2
81541 München
Fax: +49 (0)89 62306-162

Inhaltsverzeichnis

0	Einleitung 6
0.1	Vorbemerkung: Bausteine für eine Strategie 6
0.2	Vielfalt von Adressaten 1: Die örtliche Zivilgesellschaft 6
0.3	Vielfalt von Adressaten 2: Institutionen auf kommunaler Ebene 6
0.4	Vielfalt von Adressaten 3: Kommunale, Landes-, Bundes- und europäische Ebene 7
0.5	Bislang vernachlässigt: Die Rolle der Familien im Migrationsprozess 8
0.6	Integration familienorientiert gestalten: Handlungsmodelle 9
1	Handlungsfeld 1: Zweisprachige Brückenpersonen 11
1.1	Kontext/Hintergrund 11
1.2	Praxisfelder 11
1.3	Rahmenbedingungen/Finanzierung 14
1.4	Hürden und Hindernisse 15
2	Handlungsfeld 2: Deutsch lernen – nah am Alltag 16
2.1	Eine konzeptionelle Innovation: »Mama lernt Deutsch« 16
2.2	Rahmenbedingungen, Finanzierung 18
2.3	Kommunal integriertes Projekt der Sprachförderung: Deutsch-Offensive Erlangen 19
2.4	Schwierigkeiten/Grenzen und Zukunftsaufgaben 19
3	Handlungsfeld 3: Orte für Familien mit Kindern im Quartier 21
3.1	Hintergrund 21
3.2	Offene Treffpunkte für Eltern im Stadtteil 22
3.2.1	Die Landschaft offener Treffpunkte im Stadtteil 22
3.2.2	Interkulturell offen – ohne Deutsche: internationale Zentren 23
3.2.3	Interkulturell offen für deutsche und Frauen mit Migrationshintergrund: Eine Minderheit der Mütterzentren 24
3.3	Moscheevereine/Interreligiöser Dialog an der Basis 24
3.4	Anforderungen an offene Treffpunkte für Familien mit Migrationshintergrund 26
4	Handlungsfeld 4: Förderung von Migranten-Selbstorganisationen 27
4.1	Modellbeispiel für die Selbsthilfeförderung: München 28
4.2	Die Migrantenselbstorganisation »KIM« 28
5	Handlungsfeld 5: Integration im Wohnumfeld 30
6	Handlungsfeld 6: Integration als Angelegenheit der Stadtgesellschaft 31
6.1	Fürth: Verein zur Förderung des interkulturellen Zusammenlebens 31
7	Handlungsfeld 7: thematische Angebote für Familien 32
7.1	Schwangerschaft und Themen rund um die Geburt 32
7.2	Die türkisch-deutschen Elternbriefe des Arbeitskreises Neue Erziehung (Berlin) 33
8	Handlungsfeld 8: Die Kompetenzbilanz für Migrant/innen 34
9	Handlungsfeld 9: Orientierungskurse für neu Zugewanderte 37
10	Literatur- und Materialhinweise 38

0 Einleitung

0.1 Vorbemerkung: Bausteine für eine Strategie zur Gestaltung von Integration vor Ort

Die in diesem Handlungsleitfaden vorgestellten Modelle zur Gestaltung der Integration zugewanderter Familien vor Ort, in Kommune und sozialem Nahraum wollen sich bewusst von einer bloßen Sammlung interessanter Praxisbeispiele unterscheiden. Sie präsentieren eine Art Baukasten aus Bauelementen oder Modulen, die zwar jedes für sich handfest und »selbst tragend« sind: praxisnah, übertragbar, wirksam und auch finanzierbar (wenn auch unter erschwerten Bedingungen). Aber erst zusammengefügt ergeben sie ein Ganzes: ein – wie uns scheint – tragfähiges, aber noch idealtypisches (d.h. als ganzes noch nirgendwo realisiertes) Strategiebündel zur aktiven Gestaltung von örtlichen Gemeinschaften im Sinn des Grundgesetzes bzw. von Stadtgesellschaften, die selbstbewusst und aus Überzeugung von und mit sozialer, regionaler, vor allem aber ethnisch-kultureller Vielfalt leben.

0.2 Vielfalt von Adressaten 1: Die örtliche Zivilgesellschaft

Damit richten sich die Gebrauchsanweisungen, die in den folgenden Abschnitten gegeben werden, an ganz unterschiedliche Adressaten: Zunächst an Akteure der »Zivilgesellschaft vor Ort«, womit die bestehende große Vielfalt von Einzelaktivisten (unter ihnen häufig: Lehrer/innen, Familienfrauen, engagierte Arbeitgeber, aktive Senior/innen), Initiativen und Vereinen gemeint ist – und zwar solche mit Wurzeln in der deutschen Aufnahmegesellschaft als auch solchen, die aus der zugewanderten Bevölkerung heraus entstanden sind (= Migrant(en)selbstorganisationen). Die Bandbreite der örtlichen Zivilgesellschaft reicht, so verstanden, von der Helfer/innengruppe für Asylbewerber/innen bis zum von deutschen Schülern, Studenten oder ehrenamtlich engagierten Frauen gegründeten und betriebenen Projekt zur Hausaufgabenbetreuung für Migrantenkinder im Stadtteil, im Asylbewerberheim oder der Aussiedler-Unterkunft; vom überparteilichen, Deutsche und Migrant/innen aus unterschiedlichsten Lebens- und Berufsbereichen versammelnden Verein, der sich die Förderung der Integration und des kulturellen Miteinanders in der Stadtgesellschaft auf die Fahnen geschrieben hat, bis zum türkisch-deutschen Sportverein, zur spanischen bzw. griechischen Elternvereinigung oder auch zum Moscheeverein bzw. zur alevitischen Gemeinde und ihrem Treffpunkt.

0.3 Vielfalt von Adressaten 2: Institutionen auf kommunaler Ebene

Die Kernbotschaft der folgenden Handlungsmodelle lautet: Integration ist keine staatliche, und schon gar nicht eine rein ausländerbehördliche oder gar -polizeiliche Angelegenheit, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Damit richtet sich der Suchscheinwerfer, der auf Partner und Umsetzer für die Verwirklichung der Handlungsmodelle gerichtet ist, neben die im strengen Sinn zivilgesellschaftlichen Akteure auf die ebenso große Vielfalt institutioneller Akteure auf örtlicher Ebene. Zu ihnen gehören Unternehmen (des pri-

vaten wie des öffentlichen Sektors) ebenso wie örtlich präsen- te Gremien (z. B. der Kammern), gehört die ganze Palette der sozialen Projekte und Angebote der konfessionellen und freien Träger der Wohlfahrts- pflege, gehören die immer stärker vom Gängelband ihrer Träger – ob kommunal oder verband- lich – gelassenen Kindertagesstätten, gehören auch die Schulen, von denen immer mehr auf dem Weg zu selbst gestalteter Autonomie und zu einem selbst bestimmten Profil sind. Partner und Umsetzer bei der Verwirklichung der hier vorgestellten Handlungsmodelle können aber auch unmittelbar Akteure aus der öffentlichen Verwaltung sein – sei es aus dem Jugend- oder dem Sozialbereich, aus dem Kulturbereich oder auch die Wohnungsver- waltung und Stadtplanung. All diese Verwaltungen sind zwar nominell nur Ausführende von Budget- und Grundsatzbeschlüssen der gewählten politi- schen Entscheidungsgremien bzw. von Weisungen der gewählten Bürger- meister und Referenten. In der Praxis sind sie aber oft selbst Schrittmacher und Pioniere innovativer Konzepte; häufig allerdings gilt noch der Fall, dass Verwaltungen neue Handlungsmodelle, die nicht mit dem goldenen Zügel hoher Zuschüsse winken, zunächst ablehnen und blockieren.

0.4 Vielfalt von Adressaten 3: Die Politik auf kommunaler, Landes-, Bundes- und auch europäischer Ebene

Der Blick auf die Vielfalt zivilgesellschaftlicher und institutioneller Akteure vor Ort entwirft eine »bottom-up«-Perspektive für die Gestaltung von Inte- gration auf kommunaler Ebene. Von den politischen Entscheidungsgremien ist dagegen eine Perspektive bei der Ausgestaltung von Rahmenbedingungen zu fordern und zu erwarten, die zivilgesellschaftliche und institutionelle Akteure nicht nur ermutigen, fördern und »blühen lassen«, sondern sie in ihrer möglichen gestaltenden Rolle auch fordern.

Viele Kommunen, vor allem die Großstädte, haben im Lauf der Jahre mehr oder weniger pragmatisch Bausteine einer kommunalen Integrations- politik entwickelt, die aber fast nirgendwo in einem kohärenten Konzept verdichtet sind. Fast durchweg steht diese Politik noch im Zeichen einer Sonderpolitik für »Ausländer«, die strikt nach ihrer staatsbürgerschaftlichen Zugehörigkeit und ihrem Rechtsstatus sortiert und mit ganz unterschied- lichen Verfahren meist vormundschaftlicher (das kann auch heißen: patriar- chal-fürsorgender) Art geleitet und betreut werden. Prozesse der Ermutigung und Befähigung zur aktiv gestaltenden Partizipation – auch unterhalb der Schwelle bürgerschaftlicher Rechte wie des Wahlrechts – sind die große Ausnahme geblieben, selbst Mikro-Entscheidungen über gewünschte Inte- grationswege liegen noch immer in den Händen von Entscheidungsgremien mit ausschließlich deutscher Staatsangehörigkeit. Die in der Regel eher schwache Rolle der Ausländerbeiräte bei der Gestaltung von Integrations- politik ist nur der Spiegel dieser Struktur – in der abgeschmolzenen Legitimität der Beiräte, die sich in der fast überall niedrigen und zuletzt dramatisch geschrumpften Beteiligung an ihren Wahlen ausdrückt, ist diese schwache Rolle ablesbar.

Die Politik auf örtlicher Ebene hat bisher selbst dort, wo sie in Einzel- projekten mutig Grundsätze der Freiheit für kulturelle Vielfalt hochgehalten hat (etwa bei umstrittenen Bauprojekten für Moscheen), fast nie einen hand- lungsorientierten Willen formuliert, der Integration zur Querschnittsaufgabe

kommunaler Politik gemacht hätte. Kommunal verankerte, beschlussmäßig abgesicherte und mit Haushaltsmitteln und Strategien ausgestattete Konzepte zur Förderung von Integration als Dauer- und Strukturaufgaben der gesamten öffentlichen Verwaltung wie auch der politisch mit gestalteten medialen Arena der Meinungsbildung lassen sich fast nirgends ausmachen. Und doch ist in den letzten Jahren, verstärkt seit dem 11. September 2001, eine Entwicklung zu mehr und klarer Politik-Gestaltung im Feld der Integration erkennbar. Durch das Erschrecken über einen von kultureller Entfremdung getriebenen Terrorismus, herangewachsen nebenan in Hamburg, Rostock oder Haselünne, ist ein neues Nachdenken über Grundsätze des Zusammenlebens in kultureller Vielfalt ausgelöst und eine Fülle von zusätzlichen kulturell-religiösen Dialoginitiativen angestoßen worden.

Das gilt auch für die Bundesebene. Sie hat mit dem politisch hoch kontroversen und letztlich vorerst gescheiterten Zuwanderungsgesetz zwar in Absicht und Kleingedrucktem eine Fülle von Zuwanderungs-Begrenzungsregeln in Kraft setzen wollen, zugleich aber erstmals explizit einen gesamtpolitischen Integrationsauftrag formuliert und mit Haushaltsmitteln ausgestattet. Auf der Ebene der Bundesländer – mit Bestandsaufnahmen, Leitlinien oder gar einem ausformulierten Integrationsprogramm wie in Hessen – zeichnet sich ebenso eindeutig eine wachsende Offenheit für die Gestaltung von Rahmenbedingungen ab, die gelebte Integration »an der Basis«, in den Kommunen und ihren Stadtteilen möglich machen und fördern.

Die EU hat zwar bislang keine direkte Richtlinienkompetenz auf dem Feld der Gestaltung von Rahmenbedingungen für Migration und Integration wahrgenommen. Die jüngst erfolgte Verständigung auf ein europaweit gültiges, fakultativ auf zwölf Jahre absenkbares Nachzugsalter für Kinder im Rahmen der Familienzusammenführung ist aber ein erster Baustein für einen europäischen Handlungsrahmen zur Migrationspolitik. Aber einzelne Förderprogramme der europäischen Union – unter ihnen der noch junge Europäische Flüchtlingsfonds – geben einer systematischen und zielorientierten Integrationspolitik Rückenwind dadurch, dass sie innovative Projekte auf örtlicher Ebene möglich machen. So ist es z. B. wesentlich der EU-Finanzierung zu verdanken, dass im Rahmen des Förderprogramms EQUAL sektorale Entwicklungspartnerschaften zur Entwicklung von Qualifizierungsangeboten für junge Flüchtlinge und Asylbewerber zustande kamen; Vorläufer eines solchen Projektnetzwerks hat es schon vor einigen Jahren, finanziert aus dem HORIZON-Programm der EU, in Niedersachsen gegeben. Die Rolle solcher EU-Programme lässt sich als Stärkung der Innovationskraft von Trägern und »Agenten des Wandels« auf örtlicher Ebene beschreiben. Über Netzwerkbildung gehen von örtlichen Innovationsprojekten auch Impulse auf die Gestaltung der jeweiligen Politikfelder auf Länder- und Bundesebene aus.

0.5 **Bislang vernachlässigt: Die Rolle der Familien im Migrationsprozess und bei der Integration ihrer Angehörigen im Aufnahmeland**

Voraussetzung für die Gestaltung von Rahmenbedingungen, die an den Interessen und Stärken der Zugewanderten ansetzen und deren Perspektiven auf Integration als dauerhaftes Leben in Deutschland ernst nehmen, ohne das Kappen der Verbindungen zum Herkunftsland und seiner Kultur und

Wertebasis zu erwarten oder gar zu verlangen, ist ein genauer Blick auf die Lebensrealität der Zugewanderten. Für sie spielen im eigenen Lebensmodell die Familien und das Zusammenleben im meist weiteren Familienverbund eine ungleich stärker dominierende Rolle als das für »einheimische Deutsche« nach Jahrzehnten »Individualisierung und Pluralisierung« gilt. Migration ist fast durchweg ein »Familienprojekt« – und diese Tatsache ist bisher in einem großen Teil der auf Integration zielenden Arbeitsansätze und Methoden viel zu sehr unterbelichtet geblieben. Weder sind die Leistungen der Familien mit Migrationshintergrund gewürdigt worden, die sie durch das erfolgreiche Bewältigen der Migrations-Situation erbracht haben, noch fand der Wertschöpfungsbeitrag der Migranten zur Ökonomie im Aufnahmeland ausreichend Beachtung.

Vor dem Hintergrund einer neuen Phase des gesellschaftlich-politischen Umgangs mit Migration – einer Phase, die sich aktive Gestaltung von Migration und Integration zum Ziel setzt – bestehen jetzt Chancen, diese Unterbelichtung der Familienperspektive zu überwinden und damit auch die strukturelle Gleichgültigkeit gegenüber den Leistungen und Ressourcen, die Familien mit Migrationshintergrund in den Prozess des Zusammenwachsens »alteingesessener« und »zugewanderter« Bevölkerung einbringen.

0.6 Integration familienorientiert gestalten: Handlungsmodelle

Die Handlungsmodelle, die im folgenden vorgestellt werden, zeichnen sich durchwegs durch einen engen Bezug zur Lebensrealität von Familien aus. Sie sind insofern »systemisch«, als sie nicht die Arbeit an, für und mit einzelnen Familienmitgliedern – etwa als Kinder, Jugendliche, junge Frauen oder Familienfrauen – zum Thema haben, sondern Perspektiven der Einbeziehung von Eltern und Kindern/Jugendlichen zugleich. Dabei sind diese Perspektiven der Einbeziehung nicht nur ein technisch-funktionales Hilfsmittel, um z.B. erkannte und offengelegte Defizite in der Bildungspolitik in Deutschland abzubauen, sondern sie sind auch ein Wert und Ziel in sich, das mit dem hohen Wert zusammenhängt, der demokratischer Partizipation in Deutschland zugemessen wird. Allerdings lebt die neue Offenheit für familienbezogene Strategie-Ansätze in der Integrationspolitik auch von der Einsicht, dass Bildungsprozesse ohne oder gar gegen die Familien nicht stattfinden und organisiert werden können.

Dass all die unterschiedlichen Ansätze, die im folgenden beschrieben und vorgestellt werden, in einem Projekt mit dem Titel »innovative Ansätze der Familienbildung« ausgewählt wurden, verdankt sich der Einsicht, dass »Bildung« bis heute in viel zu starkem Ausmaß mit formellen Lernsituationen und Kurssystemen zusammen gedacht wird. Die breite internationale, aber auch in Deutschland zunehmend geführte Debatte über informelles und lebenslanges/lebensbegleitendes Lernen hat immer wieder auf die Grenzen kursförmiger Lehrangebote hingewiesen. Sie macht im übrigen darauf aufmerksam, dass Lernen, was seine psychologischen Voraussetzungen in lerntheoretischer Perspektive angeht, an erfahrene, gestaltete und sozial erlebte Praxis gebunden ist. Insofern sind Praxisprojekte – erst recht solche, in denen es um Integration geht – immer auch Lernstätten, Orte der Bildung, und soweit Familien an solchen Praxisprojekten beteiligt sind bzw. von

ihnen erreicht werden, sind sie auch im Wortsinn »Bildungsprojekte für Familien«, Familienbildung.

Die Handlungsmodelle sind auf der Ebene einzelner Initiativ-Personen oder auch institutioneller Akteure auch für Anbieter und Träger von kursför-miger Familienbildung von Interesse. Aber sie zielen auf einen sehr viel brei-teren Adressatenkreis für ihre mögliche Umsetzung. Für Rückmeldungen zu Erfahrungen – guten und schlechten – beim Versuch, die Modelle in andere institutionelle Zusammenhänge, an einem anderen Ort, zu übertragen, sind die Autoren dankbar.

Unsere Kontaktadresse lautet:

Monika Jaeckel/Wolfgang Erler

Deutsches Jugendinstitut, Nockherstr. 2, 81541 München

E-Mail: jaeckel@dji.de, erler@dji.de

bzw.

Wolfgang Erler

c/o Bündnis für Familie, Spitalgasse 22, 90403 Nürnberg

Tel: 0911/231-3989 bzw. Fax: -7357; E-Mail: erler@dji.de

1 Handlungsfeld 1: Zweisprachige Brückenpersonen als »Kulturmittler« gewinnen, ihnen Aufgaben und Kompetenzen übertragen, finanzielle Anerkennung (Honorare) sicherstellen

1.1 Kontext / Hintergrund

Das Konzept der »interkulturellen Öffnung« sozialer Regeldienste und Einrichtungen kommt trotz einer schon lange geführten Debatte bisher in der Praxis vor allem bei der Einstellung zweisprachiger Fachkräfte nur langsam voran. Dabei ist es gerade der öffentliche Dienst, für den dieses Konzept besonders intensiv diskutiert wird, der als Arbeitgeber und Ausbildungsplatzanbieter die private Wirtschaft in Bezug auf die Offenheit bei der Einstellung von Migrant/innen noch einmal weit unterbietet. Die Gründe für diese wirksamen Zugangssperren mögen auch in einer Scheu und Abwehr von Bewerber/innen mit Migrationshintergrund liegen, sich im öffentlichen Dienst überhaupt um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu bewerben.

Beim Konzept »Brückenpersonen als Integrationsmittler« steht nicht eine professionelle Fachlichkeit im Vordergrund, die mit – in Deutschland anerkannten – Berufszertifikaten dokumentiert wäre. Vielmehr beziehen diese Brückenpersonen ihre Eignung für die Mittlertätigkeit aus biografisch erworbenen lebenspraktischen Kompetenzen, aus Engagement und Interesse; fachliche Kompetenz kann und soll diese ergänzen und abrunden. Das Potenzial an Menschen mit solcherart unterschiedlichen biografisch erworbenen Kompetenzen nicht zuletzt aus der eigenen Erfahrung mit Migration und dem »Leben in der Fremde, die neue Heimat werden soll«, die für Aufgaben als kulturvermittelnde Brückenpersonen befähigt sind, ist riesig; es wird bisher nur zu einem sehr kleinen Teil abgerufen.

1.2 Praxisfelder

Als Praxisfelder für derartige Brückenpersonen kommt ein breites Spektrum von Aufgaben in Frage:

- Mitarbeit in Kindergärten und Schulen
- Gemeinde-Dolmetscher
- Brückenpersonen in anderen Bereichen der Verwaltung
- Konflikt-Mediatoren im sozialen Nahraum
- Streitschlichter

Die **Mitarbeit in Kindergärten und Schulen**, denkbar in ganz unterschiedlichen Formen, vom – rechtlich gar nicht möglichen – »Aussiedler-Elternbeirat«¹ über die Mitarbeit von Eltern und anderen Interessierten bei Schul- oder Kindergartenprojekten. Solche Projekte können punktuell sein oder ein immer wiederholter Baustein im Tages-, Wochen- oder Monatsplan. Zu ihnen können das Geschichten-Erzählen oder muttersprachliches Vorlesen ebenso gehören wie Berichte über Aspekte des Lebens im Herkunftsland; es kann sich um gestalterische oder musische Projekte handeln², aber auch um Elemente der Wirtschaftslehre und Berufskunde, z.B. die Vorstellung von oder Exkursionen zu Arbeitsplätzen und Betrieben³. Erprobt ist auch die verantwortliche Mitarbeit von Eltern mit Migrationshintergrund in offenen Elterncafés bei Kindergärten, die dann auch für die Eltern neu aufgenommener Kinder mit Migrationshintergrund ein Ort sein können, an dem sie sich wegen der leichteren sprachlichen Verständigung wohl fühlen. Ein weiteres Feld ist die Rolle von Eltern – oder anderen Laien – als Begleiter bei Ausflügen und Klassenfahrten oder in der Schulkinder-Mittags- und Nachmittagsbetreuung und Elternberatung.

Gemeinde-Dolmetscher, die im Sozial- und Gesundheitsbereich, zunächst in Krankenhäusern, zur besseren und funktional dringend nötigen Verständigung zwischen Professionellen und Patienten/Klienten beitragen. Für solche Dienste – die in den meisten europäischen Ländern professionalisiert und landesweit organisiert sind – gibt es in Deutschland erst eine noch bescheidene Anzahl von Modellen, bei denen sowohl Laien als auch Professionelle eingesetzt sind. Da es immer noch eine überwältigende Mehrheit von Kliniken und anderen Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitsbereich ohne jedes Angebot an sprachvermittelnder Verständigungshilfe gibt, bietet sich für sich neu auf diesem Feld engagierende Einrichtungen der Rückgriff auf die bilinguale Kompetenz von Beschäftigten an, die es sowohl in Medizin, Pflege und paramedizinischen Berufen inzwischen in wachsender Zahl gibt, erst recht natürlich im Helfer/innenbereich. Konzepte für die unbedingt erforderliche Vorbereitung und Qualifizierung solcher Kulturmittler/innen in Kliniken und anderen Einrichtungen gibt es bereits, sie sind erprobt und werden weiter entwickelt. Auf bestehende Erfahrungen kann also zurückgegriffen werden⁴.

- 1 Ein »Ausländer-Elternbeirat« oder »Migranten-Elternbeirat« ist uns bei den Untersuchungen und Befragungen im Projekt nicht begegnet.
- 2 Dadurch wird auch ein Gegenakzent gegen das Austrocknen und den Rückzug des Kreativen (einschließlich des Singens!): vgl. Adamek 1996; 2002) aus den Schulen, z.T. auch den Kindergärten gesetzt. Ein besonders großes professionell ausgebildetes künstlerisch-kreatives Potenzial findet sich unter den Kontingentflüchtlingen – aber die schon entwickelten Kreativitätsschätze bei der zugewanderten Bevölkerung insgesamt sind weit davon entfernt, entdeckt und gehoben zu sein. Als eindrucksvolles Schulentwicklungsprojekt, durch das ein »turnaround« aus einer Problem- in eine Modellschule gelang, haben wir im Projekt die Ferdinand-Freiligrath-Oberschule in Berlin-Kreuzberg dokumentieren können, deren Grundansatz unter dem Titel »kids – Kunst in der Schule« an vielen weiteren Schulen projektförmig aufgegriffen worden ist.
- 3 Vgl. Ulich/Oberhuemer/Soltendieck 2000
- 4 Salman 2000; Dixit 2000; Salman/Collatz 2000

Der Einsatz von bilingualen **Brückenpersonen** ist außer im Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsbereich auch **in anderen Bereichen der Verwaltung** und des öffentlichen Lebens – von den Ausländerbehörden bis zur Arbeitsverwaltung – ein wichtiger Denkansatz und Praxisbaustein, um Schritte der Integration als gemeinsam organisiertes Projekt und Ziel von öffentlichen Institutionen in der Aufnahmegesellschaft und von Angehörigen der Migranten-Gemeinschaften sichtbar zu machen. Während aus Ausländerbehörden Beispiele für den Einsatz solcher muttersprachlicher Lotsen berichtet werden, die unterhalb der Schwelle regulärer Beschäftigung angesiedelt sind, lässt sich aus dem Bereich der Arbeitsverwaltung nur über andere Wege interkultureller Öffnung berichten, etwa über die Durchführung einer Fortbildungseinheit zur Bedeutung des Islam als Sozialisationsfaktor für Migranten mit islamischem Migrationshintergrund (beim Arbeitsamt Bonn⁵).

Konflikt-Mediatoren im sozialen Nahraum. In einigen Städten (Frankfurt, Berlin, Stuttgart) und modellhaft für Nordrhein-Westfalen in einem vom Zentrum für Türkeistudien begleiteten Projekt⁶ sind Laien-Mediatoren zur Vermittlung und Schlichtung bei Nachbarschaftskonflikten ausgebildet worden, die eine interkulturelle Einfärbung haben, weil die Konfliktparteien unterschiedlicher ethnisch-nationaler Herkunft sind. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund unter den Mediator/innen ist unterschiedlich hoch, aber im Steigen begriffen. Die Erfolge der bisher bekannten Laien-Mediations-Projekte sind ansehnlich. Sie verweisen darauf, dass durch die Vervielfältigung solcher Modelle ein nachhaltiger Beitrag zur kommunikativen Bewältigung vieler Konflikte geleistet werden kann, die das Klima des alltäglichen Zusammenlebens in Wohnquartieren mit »ethnisch« gemischter Bewohnerschaft oft so stark belasten.

»Früh übt sich...«: **Streitschlichter-Projekte (Peer-Mediator/innen) an Schulen** haben sich ebenfalls als Erfolgsmodell für die Eindämmung und Bewältigung von Konflikten bewährt, die mit der multiethnischen Zusammensetzung der Schülerschaft vieler Schulen zusammen hängen. Unter den freiwilligen Schüler-Mediator/innen findet sich immer auch ein erheblicher Anteil an Schüler/innen mit Migrationshintergrund. Allein in der Stadt Nürnberg, wo sich 29 Schulen an einem entsprechenden Modell beteiligen, sind 400 Peer-Mediator/innen an dem Modell aktiv beteiligt. – Anders als bei den Erwachsenen-Projekten, die oben beschrieben waren, benötigen die Schüler- und Jugendlichen-Projekte zur Mediation keine Honorare für die verantwortlich beteiligten Schüler/innen; sie werden durch den Erfolg ihrer Arbeit und durch Anerkennung belohnt. Trotzdem sind für solche Modelle Mittel notwendig, weil die Streitschlichter/innen ein Training erfahren und weil eine Begleitung/Supervision und Qualitätssicherung ihrer Arbeit erforderlich ist.

5 Hafezi/Schlender 2002

6 Halm 2001

Honorare sind als Instrument notwendig, um für solche Formen verbindlicher Übernahme von Verantwortung und dauerhafter Mitarbeit tragfähige und nachhaltige Anreize zu schaffen. Aber in aller Regel ist es sehr schwierig – bei Trägern und Einrichtungen gleichermaßen –, Honorarmittel im Finanzierungsplan zu verankern. Oft ist für Honorarkräfte zunächst nur für zeitlich begrenzte Projekte eine Förderung zu erreichen; und oft gelingt nicht einmal dies. Statt dessen muss versucht werden, durch Spenden und Sponsorenmittel, eigenerwirtschaftete Mittel oder Mittel von Stiftungen die Arbeit von Honorarkräften wie den hier besprochenen Brückenpersonen und Kulturvermittlern finanziell abzusichern. Es ist und bleibt eine wichtige politische Daueraufgabe, bei öffentlichen und großen institutionellen Finanzgebern und Trägern für die Bereitstellung flexibel einsetzbarer Honorartitel einzutreten, aus denen immer neue, den konkreten Anforderungen aus der alltäglichen (Integrations)Arbeit angepasste innovative Aufgabenpakete für zweisprachige Brückenpersonen geschnürt werden können. Zu den wenigen programmatischen Ausnahmen, bei denen Honorarmittel zur Grundkonstruktion der Projektarbeit gehören, sind in Bayern die »Netz für Kinder«-Gruppen zu rechnen, bei denen die –honorierte – Eltern-Mitarbeit ein wesentlicher Bestandteil der finanziellen, organisatorischen und pädagogischen Konzeption ist. Diese Regelung hat – ohne dass dies bewusst so geplant war – die Netz-für-Kinder-Gruppen auch für Eltern mit Migrationshintergrund attraktiv gemacht und in einer ganzen Reihe von Gruppen solche Eltern, vor allem Mütter, ungleich stärker in die pädagogische Alltagsarbeit eingebunden als das in Regeleinrichtungen der Normalfall ist.

Eine zweite mögliche Finanzierungsform für interkulturelle Brückenpersonen sind Arbeitsstellen, die als »Hilfe zur Arbeit« nach § 19 des Bundessozialhilfegesetzes eingerichtet werden oder die im Rahmen von – in Zukunft wohl in dieser Form immer weniger verfügbaren – Arbeitsbeschaffungs- oder Strukturanpassungsmaßnahmen finanziert werden können. Durch so finanzierte befristete Zusatzstellen ließen und lassen sich noch die strengen Regeln, die bei regulärer Finanzierung gegenüber der Beschäftigung von nichtprofessionellem Personal in Kindergärten und Schulen bestehen, umgehen. Es kommt dann auf eine Projektbegründung an, in der die kompetenzangepasste individuelle Eignung für eine eng und klar umrissene Aufgabe im Mittelpunkt steht, die nicht derjenigen einer pädagogischen Fachkraft oder einer Erzieherin oder Kinderpflegerin im Kindergarten entsprechen muss.

Teils gelingt es auch mit Hilfe von § 19-Arbeitsverhältnissen nicht, die von Migrant/innen wahrgenommen werden – z.B. im offenen Gastronomie- oder Kinderbetreuungsbereich von Nachbarschaftstreffpunkten –, dort eine Atmosphäre interkultureller Offenheit und Vielfalt herzustellen. D. h., es besteht keine »eingebaut automatische Garantie«, dass die Beschäftigung von Migrant/innen in Einrichtungen und Projekten diese interkulturell öffnet. Ein zielgerichteter, reflektierter, durch ein Leitbild gestützter und auf eine aktive und eigenverantwortliche Mitarbeit der Migrant/innen setzender Umgang mit ihrer Arbeit ist deshalb Voraussetzung für interkulturell produktive Wirkungen ihres Einsatzes.

1.4 Hürden und Hindernisse

Ein schwer lösbares Strukturproblem stellt sich durch die gewichtige Stellung, die die konfessionellen Verbände und Kirchengemeinden selbst als Träger von Kindergärten, Projekten und Angeboten sozialer Arbeit einnehmen. Von hauptamtlich angestelltem Personal verlangen sie fast durchweg die Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche oder anerkannten Glaubensgemeinschaft. Für Muslime und andere Angehörige nichtchristlicher Religionen ist dadurch ein großes Segment der Arbeitsmärkte im sozialen Bereich – einer der wenigen Zukunftsarbeitsmärkte – bis hin zu einer Tätigkeit als Altenpflegehelferin in Heimen konfessioneller Träger versperrt. Für jede Ausnahme im Einzelfall sind komplizierte Genehmigungsprozeduren oder aufwändige rechtliche Umwegkonstruktionen nötig⁷.

Schwierigkeiten anderer Art müssen bei der – honorierten – Mitarbeit von Eltern in Kindertagesstätten überwunden werden. Da sie auch und gerade an der kommunikativen Schnittstelle zwischen den Einrichtungsteams und Eltern mit Migrationshintergrund vermittelnd tätig sein sollen, bekommen sie ähnlich wie die Erzieher/innen auch Einblicke in die familiäre Lebenssituation der Eltern, mit denen sie intensiver im Austausch stehen. Von seiten der Einrichtungsträger werden hier z. T. Probleme des Daten- und Vertraulichkeitsschutzes geltend gemacht, die von Fall zu Fall gelöst werden müssen.

Ähnliche Schwierigkeiten stellen sich, wenn zweisprachige Angehörige oder Laien Anamnese- oder Beratungsgespräche zwischen Angehörigen der Helferberufe und Patienten/Klienten übersetzen sollen. In diesen Gesprächen werden oft Fragen behandelt, die gerade vor anderen Personen aus dem sozialen und familiären Umfeld der Patienten/Klienten nicht besprochen werden können; die Sprachvermittler sehen sich durch die damit angesprochenen Konflikte und Tabubereiche oft überfordert. Ohne ein Netz professionell arbeitender Gemeinde-Dolmetscher wird man deshalb konzeptionell nicht auskommen – aber ohne Laiendolmetscher, die, wie beschrieben, fortgebildet und in ein qualitätssicherndes Netz eingebunden sein müssen, würde in Deutschland noch auf lange Zeit in Bezug auf die Verständigungsbarrieren zwischen Professionellen in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitsbereichs keine Verbesserung erreicht werden können.

7 Im Projekt »der soziale Nahraum in seiner Integrationsfunktion für Familien ausländischer Herkunft« sind solche Ausnahmeregelungen und Umwegkonstruktionen für zwei Arbeitsfelder dokumentiert, deren praktischer Erfolg auf dem Engagement von muslimischen Frauen in Einrichtungen evangelisch-diakonischer Trägerschaft beruht: Bei einer Familienbildungsstätte und einem offenen internationalen Treffpunkt für Mädchen und Frauen.

2 Handlungsfeld 2: Deutsch lernen – nah am Alltag. Neue Sprachlern-Settings

Mangelnde Deutschkenntnisse, wenn nicht schon im Bereich der Umgangssprache, dann jedenfalls beim Gebrauch der Schriftsprache als der Voraussetzung für Bildungserfolge und höherwertige Integration in den Arbeitsmarkt⁸, sind unbestritten das zentrale Hindernis für die soziale und berufliche Integration derjenigen unter der Migrationsbevölkerung, die sich in ihrem alltäglichen Leben vor allem in familiären und eigenethnischen Netzwerken bewegen. Das breite Angebot der Deutsch-Sprachkurse unterschiedlicher Träger und unterschiedlicher Finanzierungsformen ist von einem großen Anteil der Zugewanderten nicht genutzt worden. Dafür gibt es verschiedene Gründe und Erklärungen: Ein Teil der Angebote knüpft an Ansprüche zur beruflichen Integration in den Arbeitsmarkt an und wurde/wird deshalb über das Sozialgesetzbuch III (Arbeitsförderung) finanziert. Zielgruppe sind vor allem Spätaussiedler. Auch andere Angebote (vor allem die große Anzahl der bis Anfang 2003 über den Sprachverband in Mainz geförderten Kurse, für die die organisatorische Zuständigkeit an das Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen BAFI in Nürnberg übergegangen ist) stehen zumindest von ihrer ursprünglichen Anlage her (nur für Zugewanderte aus den klassischen Anwerbeländern wird eine Förderung gewährt) in einem mittelbaren Zusammenhang mit arbeitsmarktpolitischen Zielen. Vor allem die vielen über Familienzusammenführung/Heiratsmigration nach Deutschland gekommenen und nur zu einem relativ geringen Prozentsatz erwerbstätigen Frauen, in erster Linie aus der Türkei, haben an solchen Kursen eher wenig teilgenommen. Die Rahmenbedingungen – stadtzentrale Durchführung oder jedenfalls Anmeldung, oft ganztägige Kursorganisation, keine Kinderbetreuung – haben es vor allem bildungsfernen Familienfrauen erschwert, solche Kursangebote wahrzunehmen.

2.1 Eine konzeptionelle Innovation: »Mama lernt Deutsch«

Auf diese Konstellation antworten die seit einigen Jahren (zunächst in Frankfurt am Main⁹) entwickelten und von anderen Städten z.T. unter anderem Namen (in München: Schule mal anders) in veränderter Form aufgenommenen neuen Sprachlern-Settings, die nahe an den gelebten Alltag von Familienfrauen heranrücken. Als Ziele für diese neue Form von Sprachlernangebot sind benannt:

- die Deutschkenntnisse entsprechend den konkreten Lernbedürfnissen der Teilnehmer/innen und Teilnehmer ausbauen und vertiefen
- Sprachbewusstsein fördern und für das Thema Zweisprachigkeit sensibilisieren

8 Eine vergleichsweise aktuelle Bestandsaufnahme zu den Sprachkenntnissen von MigrantInnen geben Frick/Wagner 2001.

9 Aufgrund von Kritik an der in diesem Projekt mit transportierten Rollenfestlegung von Müttern als Schul- und Bildungslotse ist der offizielle Titel nachgebessert worden zu »Mama lernt Deutsch – Papa auch«. Materialien zum ursprünglichen Konzept, wie es in Frankfurt entwickelt wurde, sind auf der Internet-Seite des dortigen Amtes für multikulturelle Angelegenheit – www.stadt-frankfurt.de/amka – einzusehen bzw. zu bestellen. Zu »Schule mal anders« in München vgl. die Internet-Seite der Münchener Initiativegruppe: www.initiativgruppe.de

- Strukturkenntnisse vermitteln
- die Kontakte zwischen Schule und Elternhaus verbessern
- Schwellenängste gegenüber pädagogischen Einrichtungen verringern
- Erziehungs- und Ausbildungsfragen thematisieren

In Frankfurt sind »Mama lernt Deutsch«-Projekte in ein weitergehendes Konzept unter dem Titel »mitSprache« eingebettet, das die gemeinsame, gleichzeitige Sprachförderung von Schulkindern und Eltern und zugleich eine Intensivierung der Elternbeteiligung – als Ziel und Mittel zur Sprach- und Bildungsförderung – verfolgt. Eltern ausländischer Herkunft sollen besser vorbereitet sein, die schulische und berufliche Integration ihrer Kinder zu unterstützen. Durch besseres Kennenlernen der Schule, ihrer Aufgaben, aber auch ihrer Erwartungen an Schülerinnen und Schüler und an die Eltern soll die Kooperation zwischen ausländischen Eltern und der Schule gestärkt werden und sollen den Eltern bessere Partizipationsmöglichkeiten eröffnet werden.

»Mama lernt Deutsch«-Kurse finden deshalb, so das Grundkonzept, in Schulen statt; durch das eigene Lernen im selben Schulgebäude, wo auch ihre Kinder zum Unterricht gehen, soll ein Abbau von Fremdheitsschranken gegenüber der Schule gelingen. Darüber hinaus soll der Lernfortschritt der Eltern/Mütter im Kurs eng mit dem Lernstoff abgestimmt sein, den die Kinder zeitgleich im Unterricht durchnehmen. Diese Abstimmung stellt allerdings hohe Anforderungen an die organisatorische Einbindung und Vernetzung des Eltern-Deutschkurses mit dem regulären Schulbetrieb und der Arbeit der Lehrer. Da sich eine so enge Kooperation nicht durchweg herstellen lässt, haben die Projekte den Lehrplan häufig von seinem engen Bezug zum Lernstoff der Schulkinder gelöst und statt dessen aus unterschiedlichen Bausteinen eigene Curricula entwickelt.

Der Erfolg des »Mama lernt Deutsch«-Konzepts – als neues Angebot für bisher vom organisierten Spracherwerb ausgeschlossene oder ihm ferngebliebene Migrant/innen – hat sich einer Fülle von Organisationsformen bedient. Der Bezug zum schulischen Lernen der Kinder besteht oft nur noch indirekt, und die Schulen sind längst nicht immer der Ort, an dem die Kurse stattfinden. Kindergärten sind dazugekommen und eine Vielfalt unterschiedlicher Orte, die aber durchweg eine relative Nähe zum sozialen Nahraum und zum gelebten Alltag der Familienfrauen aufweisen. Solche Orte sind z.B. Mütterzentren und Nachbarschaftstreffs, Stadtteilbüros, angesiedelt beim Quartiersmanagement in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, die Standorte des Bund-Länder-Programms »soziale Stadt« sind. Auch von gemeinwesenbezogenen Projekten der Migrationsarbeit und in Treffpunkten von Migranten-Selbstorganisationen, von denen viele dabei sind, sich stärker auf die Gestaltung des Lebens in der Migration zu orientieren und die kulturell-politische Anbindung ans Herkunftsland zu lockern, werden zunehmend Sprachkurse angeboten, die auch auf die Lebenswelt von (Familien)Frauen zugeschnitten sind. Selbst in vielen Moscheevereinen besteht inzwischen ein Nährboden für Sprachlern-Angebote, die aber selten didaktisch-methodisch so stark am realen Alltagsleben von Eltern, vor allem Müttern orientiert sind, wie das für Kurse nach dem »Mama lernt Deutsch«-Konzept gilt. Schließlich sind Familienbildungsstätten zu nennen, soweit sie in ihrem Programm eine eigene Linie der Arbeit für und mit Familien mit Migrationshintergrund entwickelt haben; dann greifen sie die neuen Sprachlern-Konzepte auf und bieten Ort und Rahmen für ein solches Angebot.

Der Erfolg von »Mama lernt Deutsch« und ähnlichen Konzepten ist an eine Reihe von Bedingungen geknüpft: Beim Zugang kommt es darauf an, dass mit »Name und Gesicht« bekannte Brückenpersonen mit sozialen Kontakten zu einzelnen Personen und Familien aus der Zielgruppe oder zu Migrantenselbstorganisationen bzw. den Trägern und Verantwortlichen in Treffpunkten für Migrant/innen einzelne potenzielle Teilnehmer/innen direkt ansprechen. Viele Erfahrungen in der Arbeit mit und für Migrant/innen belegen immer wieder, dass gedruckte Informationen wie z.B. dicke Kursprogramme von Volkshochschulen, aber auch knappe Faltblätter selbst in muttersprachlich übersetzter Form im wesentlichen nur eine besonders agile und bildungsaktive Schicht unter der Migrationsbevölkerung erreichen. Der entscheidende Weg, Teilnehmer/innen zu gewinnen, besteht in der Nutzung von Mund-zu-Mund-Propaganda.

Auch in Bezug auf die Kursorganisation müssen bestimmte Anforderungen – soll das Angebot erfolgreich sein – eingehalten werden: Nicht nur müssen die Kurszeiten mit den Zeitwängen von Müttern mit mehreren Kindergarten- und/oder Schulkindern kompatibel sein, d. h. auf die Vormittage beschränkt bleiben, sondern es muss zumindest fakultativ auch die Möglichkeit zur Kinderbetreuung für Noch-nicht-Kindergartenkinder bestehen. Außerdem ist es für die Kurse eine wichtige Bedingung, dass Frauen auch dann noch teilnehmen können, wenn sie mehrere Tage aufgrund familienbedingter Abwesenheit (oft wegen Krankheiten der Kinder oder anderer Familienangehöriger) den Kurs versäumt haben. Die didaktische Konzeption muss deshalb darauf orientiert sein, Teilnehmer/innen mit Fehlzeiten wieder aufholen zu lassen, was hohe Anforderungen an die Flexibilität und das Organisationstalent der Leitungen stellt.

Die angestrebte Abstimmung mit dem Lernfortschritt und Lehrstoff der Kinder verlangt ein außerordentlich enges Kooperationsverhältnis zu den jeweiligen Schulleitungen und zu einzelnen Lehrern. Selbst wo die Ansprüche an diese Abstimmung abgesenkt werden, bleibt ein hohes Maß an vertrauensvoller Kooperation zwischen Kursträgern und -leitungen und den Verantwortlichen am Durchführungsort (fast durchweg anderen Institutionen) Voraussetzung für einen Erfolg.

Ein kompliziertes Geflecht aus Finanzierungsarten und Kooperationspartnern muss geknüpft werden, um Kurse dieses Typs realisieren zu können. Die Münchner »Schule mal anders«-Kurse sind vom Träger – der »Initiativgruppe«, einem großen Integrationsprojekt, hervorgegangen aus einer Initiative zur Hausaufgabenbetreuung ausländischer Kinder vor mehr als zwanzig Jahren – in Kooperation mit dem Goethe-Institut (der Abteilung DfaA Deutsch für ausländische Arbeitnehmer), dem Sprachverband Deutsch in Mainz, der Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit bei der Landeshauptstadt München und dem Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung in München entwickelt und realisiert worden.

Viele »Mama lernt Deutsch«-Projekte sind von unterschiedlichen Trägern, vor allem in kleineren Städten und Gemeinden häufig mit einer kommunalen Grund- oder Vollfinanzierung initiiert worden. Aufgrund der möglichen Vielfalt von Finanzierungsformen handelt es sich offenbar um ein Modell, das sich je nach örtlicher Situation in unterschiedlicher Trägerschaft und mit unterschiedlichen Partnern noch weiter ausbreiten kann.

Die neuen Sprachlern-Angebote haben sich als neuer Ansatz in mehr oder weniger großer Unabhängigkeit und Distanz zur bestehenden Landschaft der Sprachkurse entwickelt. Um für die Kommune als mittelbar für das Integrationsgeschehen verantwortlichem Akteur, aber auch für die Lernenden und Interessierten Klarheit und Durchsichtigkeit in das Sprachlernangebot zu bringen und bestehende Lücken im Angebot systematisch zu füllen, hat die Stadt Erlangen auf Grundlage einer von Vorarbeiten an einem runden Tisch und einer Vorlage der Geschäftsstelle des Ausländerbeirats durch Stadtratsbeschluss den Auftrag zur Einleitung einer »Deutsch-Offensive« erteilt, von der die Neu-Einrichtung von niederschweligen, alltagsnah platzierten Kursangeboten für Eltern ein wichtiger Teil sind. Der Stadtrat hat zur Durchführung und Weiterentwicklung dieses gesamtstädtischen Konzepts zur Sprachförderung für 2002 finanzielle Mittel in Höhe von 40.000 Euro bewilligt und eine Weiterförderung in Aussicht gestellt. Das Bayerische Sozialministerium finanziert mit 4.100 Euro die Evaluation des Projekts. Am Gesamtkonzept besticht die sichtbare Verknüpfung der Sprachlernangebote untereinander und die im Zusammenhang mit der Planung und Organisation der Offensive hergestellte kooperative Vernetzung unter den Sprachkursträgern mit kommunalen und Beratungsstellen, die »kleine Träger«, Initiativen im Gemeinwesen sowie Schulen und Kindergärten als Akteure im Feld der Sprachförderung erstmals einschließt.

Eine solche kommunal integrierte Einbettung von »klassischen« und neuen Sprachförderangeboten verleiht den einzelnen Angeboten stärkere Durchschlagskraft; sie erleichtert die Gewinnung von Trägern und Partnern ebenso wie sie dazu beiträgt, dass in den informellen Kommunikationskanälen der örtlichen Migrationsbevölkerung die Angebote durch Mundpropaganda bekannt gemacht werden.

Es gehört zu den am deutlichsten formulierten Anforderungen an die Bedingungen für den nachhaltigen Spracherwerb von Deutsch als Zweitsprache, dass das Sprachlernen – unabhängig von der Organisation und der pädagogisch-didaktischen Konzeption des Kurs-Angebots – im Anschluss an das formelle Lernen durch Gelegenheiten für das Deutsch-Sprechen gestützt und »routinisiert« werden muss. Die neuen alltagsnah platzierten Angebote an Schulen, in Kindergärten, in Treffpunkten sind bewusst so konstruiert, dass sie Gelegenheiten für den kommunikativen Austausch mit deutschen Muttersprachler/innen bieten sollen. Das gilt für die Schulen und Kindergärten, wo der Kontakt mit Lehrer/innen/Erzieher/innen und anderen Eltern zwanglos möglich wird. Es gilt für offene Treffpunkte im Quartier, soweit es diesen gelingt, ein Publikum mit vielfältiger ethnisch-nationaler Herkunft und Zugehörigkeit unter einem Dach miteinander in praktische Kooperation zu bringen. Aber in beiden Settings ist es keineswegs selbstverständlich, dass sich aus dem Spracherwerb soziale Beziehungen zu deutschen Muttersprachler/innen entwickeln, die dann auch einen Raum für die Anwendung von Deutsch als Zweitsprache im Alltag eröffnen. Von den Trägern ist deshalb zu erwarten, dass sie ihre Rolle nicht auf die Abwicklung des Curriculums

»Mama lernt Deutsch« beschränken, sondern die Einbettung des Spracherwerbs in eine »integrationsorientierte« soziale Praxis der Teilnehmer/innen – in Kommunikation mit Akteuren an den sozialen Orten, wo das Angebot platziert ist – aktiv fördern. Dazu ist es ein wichtiges Hilfsmittel, dass Aktive unter den Kursteilnehmer/innen so stark wie möglich in die eigenverantwortliche Gestaltung des Kurses und seiner sozial-kommunikativen Einbettung einbezogen werden.

Durch die Neugestaltung der Sprachförderung im Gesamtsprachkonzept des Bundes und durch den Erwartungsdruck, der sich im Zusammenhang mit der inzwischen stornierten Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes aufgebaut hat, besteht ein Risiko, dass die Kommunen ihre eigene aktive und verantwortliche Rolle als Motor der Integration zurücknehmen und auf zusätzliche Fördergelder des Bundes warten, die unter dem Titel »Integrationsprogramm« zu erwarten sein könnten. Die Gesamtsumme der Mittel, die für die Sprachförderung nach dem neuen integrierten Konzept zur Verfügung stehen wird, wird nicht ausreichen, um neben den Sprach- und Orientierungskursen für Neuzugewanderte auch für schon länger hier lebende Migrant/innen ein bedarfsgerechtes und zielgruppenangepasstes Angebot an Sprachlern-Gelegenheiten zu finanzieren. Gleichzeitig hat das formale Zulassungsverfahren für Sprachkursträger nach dem neuen Konzept die Anforderungen an die Träger in Bezug auf Organisations- und Finanzkapazitäten (Vor- und Ausfallfinanzierungen!) so in die Höhe geschraubt, dass viele kleine und bisher für Innovation stehende Träger, die oft nur auf lokaler Ebene agieren, als Anbieter in diesem Feld sich zurückziehen mussten. Umso größer ist die Verantwortung von Kommunen, im Interesse der Systematisierung örtlicher Integrationsarbeit und zur Stärkung der örtlichen Zivilgesellschaft, die allein diese Aufgabe schultern und bewältigen kann, durch eine differenzierte und flexible Förderung kleiner Träger, von Projekten und Initiativen eine Vielfalt von Lösungswegen zu eröffnen und zu sichern und eine möglichst große Bandbreite von Akteuren als Aktive und Verantwortliche an der Gestaltung dieses Feldes kommunaler Daseinsvorsorge zu beteiligen.

3 Handlungsfeld 3: Orte für Familien mit Kindern im Quartier

3.1 Hintergrund

Die Auseinandersetzung von Familien mit Migrationshintergrund mit der Lebensrealität in Deutschland und mit den hier vorherrschenden Leitbildern für das Leben in Familien, für die Gestaltung von Ehen und Partnerschaften, für das Aufwachsen und die Erziehung von Kindern und Jugendlichen findet auf vielen Ebenen statt. Mitgebrachte und über Medien vermittelte Bilder, eigene Erfahrungen und der Dialog mit anderen in ähnlicher Lebenssituation, aber auch in der eigenen Familie: Das alles trägt zur Formulierung der je eigenen Lebensorientierung bei.

In der öffentlichen Diskussion über Defizite bei der Integration spielen immer wieder Vorstellungen über »vormoderne« Leitbilder der Zugewanderten aus dem Herkunftsland, auch über den als antisäkular vorgestellten Islam, eine Schlüsselrolle. Aus solchen Vorstellungen leiten sich Thesen über die Binnenverfassung von zugewanderten Familien ab, wonach dort häufig ein rohes und schroff patriarchales Regime, wie für ländliche Dorfgemeinschaften typisch, vorherrsche¹⁰. Es gibt aber einen Indikator von überwältigender Aussagekraft, der solche Pauschalbilder zurechtrückt: Mit der Dauer des Lebens in Deutschland verändert sich das reproduktive Verhalten der Zugewanderten und nähert sich den in Deutschland vorherrschenden Mustern in Riesenschritten an. Damit sind aber Grundregeln der vormodern-ländlichen Familienverfassung außer Kraft gesetzt; die neuen reproduktiven Regeln werden offensichtlich von Frauen und Männern akzeptiert – und damit verbinden sich zahlreiche Änderungen im Lebensmodell, z. B. in Bezug auf eine stärkere Erwerbsorientierung der jungen Frauen, z. B. in Bezug auf den Stellenwert des einzelnen Kindes und seine Förderung für und durch Bildung. Die verschiedenen Elemente des unter den Bedingungen in der Migration richtigen Lebensentwurfs ordnen sich aber nicht von selbst, nur weil sich das reproduktive Muster (Trend zur Zweikindfamilie) so rasch an die »deutschen Verhältnisse« annähert. Z.B. kennzeichnet viele der türkischen Familien in Deutschland – anders als das von vielen pädagogischen Fachkräften in Kindergärten und Schulen, auch von den Medien wahrgenommen wird – eine sehr hohe Bildungsorientierung für ihre Kinder, die sich aber wegen mangelnder Kenntnis der hier geltenden Regeln nicht in angemessener Förderung der eigenen Kinder niederschlagen kann. Zum Beispiel ist das hierzulande grundsätzliche geltende Prinzip der Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule in der Türkei keineswegs selbstverständlich. Viel stärker als hier gilt Erziehung ab dem Schulalter dort als die von den Schulen nach obrigkeitstaatlichen Regeln erbrachte Leistung. Das Prinzip des Aushandelns von gemeinsamen Zielen und Verhaltensnormen zwischen Kindergarten und Schule einerseits, Eltern andererseits kann aber nicht durch Merkblätter und Einmal-Vorträge in Form von Informationsveranstaltungen vermittelt und erlernt werden. Es braucht tätige Erfahrung, »trial and error«, Fehlschläge und Erfolge. Für einen solchen

¹⁰ Als solide empirisch fundierten Beitrag zur Frage der Werte und Einstellungen und ihrer Transmission von Eltern auf die Kinder unter Bedingungen der Migration vgl. Nauck/Niephaus 2001

suchenden Lernprozess braucht es Ermutigung und Korrektur, Anleitung und Ermahnung, Vorbild und abschreckendes Beispiel im wirklichen Leben. In den eigen-ethnischen und familiären Netzwerken werden derlei Erfahrungen sicherlich ausgetauscht; und die jeweils Beteiligten versuchen dabei gewiss, ihre Kenntnisse und Erfahrungen weiter zu geben. Es gibt aber einen Mechanismus, der vor allem die Bildungs- und in Bezug auf Integration Erfolgreichen und »Fortgeschrittenen« aus diesen Netzwerken des Erfahrungsaustauschs auskoppelt: Die Erfolgreichen orientieren sich immer stärker an der Aufnahmegesellschaft und wenden sich auch in der Gestaltung ihres Alltagslebens oft von den Bezügen in ihren eigenen Herkunftsnetzwerken ab. Damit stehen dort nur ausschnittshafte Erfahrungen zur Verfügung, und der Austausch – z. B. über Grundsätze bei der Förderung von Kindern, beim Dialog mit Lehrern usw. – beruht eher auf negativen als auf positiv-konzeptionellen Erfahrungen.

Gelegenheiten für einen wertebezogenen Erfahrungsaustausch, der auf verschiedenartigen biografischen Erfahrungen aufbaut und der die je individuelle und Familienbiografie relativiert, ergeben sich nicht von selbst. Die intensive Einbindung von Migrantenfamilien in ihre (groß)familiären Netzwerke erweist sich auch als Barriere gegenüber dem Verbringen von Zeit und dem Sammeln von Erfahrungen in anderen Zusammenhängen. Da die Institutionen und Angebote der Aufnahmegesellschaft – außer dort, wo zielgerichtet an ihrer Öffnung gegenüber Migrantenfamilien gearbeitet wird – unsichtbare, aber wirksame Schranken gegen die Mitwirkung und Beteiligung von Zugewanderten bestehen lassen, sind weite Zonen der direkten Kommunikation in Netzwerken für diese de facto Sperrzonen. Es sind deshalb vor allem Orte des gelebten Alltags im sozialen Nahraum, Orte, die für Familienfrauen mit Kindern einladend sind, an denen sich Dialoge und Erfahrungsaustausch zu »Familien- und Erziehungsfragen« jenseits der eigenen Familiennetzwerke entwickeln können.

Welche Orte sind für Migranten-Frauen mit Kindern einladend und zugleich sozial erwünscht und akzeptiert?

3.2 Offene Treffpunkte für Eltern, vor allem Mütter mit Kindern, im Stadtteil

3.2.1 Die Landschaft offener Treffpunkte im Stadtteil – interkulturell offen?

Trotz einer rhetorisch ausgeprägten Gemeinwesen- und Sozialraumorientierung der sozialen Arbeit sind Treffpunkte für Familienfrauen, wo auch ihre Kinder willkommen sind, bisher rar. Auch als Angebote, die durch ihre Atmosphäre und die Orientierung ihrer Aktiven auf deutsche MuttersprachlerInnen orientiert sind, bestehen solche offenen Treffpunkte noch längst nicht flächendeckend (trotz bundesweit nahezu 500 bestehender Mütterzentren bzw. Initiativen zu ihrer Gründung). Offene Treffpunkte, die von Professionellen der sozialen Arbeit geleitet werden, tendieren dazu, thematisch, sozial und zeitlich selektiv zu wirken und erreichen deshalb die Zielgruppe »Familien-Frauen mit Kindern« nur in einem engen Ausschnitt. Das gilt für viele Stadtteil- und Kulturläden, die ihre Wurzeln in einer lang zurückliegenden Geschichte von Initiativen im Quartier haben, häufig angestoßen im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen für innerstädtische Quar-

tiere. Auch Mieterläden, wie sie mit Hilfe oder auf Initiative von Unternehmen der Wohnungswirtschaft – und zwar zumeist von ehemals gemeinnützigen oder noch kommunalen Unternehmen – eingerichtet werden, funktionieren oft nur als halboffene Treffpunkte unter Regie von Professionellen der sozialen Arbeit, die selbst einen eigenen Beratungs- und Gestaltungsauftrag für das Wohnquartier haben, in dem der Treffpunkt angesiedelt ist.

Das Feld »kleine Kinder an der Hand ihrer Mütter« ist aus der Perspektive vieler Träger von sozialen Projekten ein abgegrenzter Aufgabenbereich der Sozialplanung unter der Rubrik »Kinderbetreuung«. Offene Angebote, die für Eltern, vor allem Mütter und Kinder zugleich da sein sollen und wollen, fallen häufig dieser eingeschränkten Optik zum Opfer. Auch Treffpunkte, wie sie z.B. im Rahmen des Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt« in Regie von Quartiers-Management-Teams betreut und angeleitet werden, setzen eigene Schwerpunkte, die häufig neben den hier ins Auge gefassten kommunikativen Interessen von Eltern/Müttern im Quartier liegen. Ihnen geht es vordringlich um aktive Partizipation der Quartiersbewohner – und die von ihnen angestrebten Muster der demokratischen Teilhabe liegen nah an formellen Beteiligungsgremien. Vor diesem Hintergrund sind die Partizipationsrunden oder auf planerische Themen im Quartier gerichtete Begehungen mit Vertreter/innen von Politik und Verwaltung häufig »migrantenfrei«; die Quartiers-Management-Teams sind erst dabei, sich auf Formen des »offenen Treffpunkts« zu orientieren, die um sozialer Kontakte willen von Frauen mit ihren Kindern aufgesucht werden. In manchen Fällen arbeiten diese Teams auch gezielt auf die Mitwirkung von Migranten an bestimmten Beteiligungsangeboten und Projekten hin (vgl. unten: Handlungsfeld 5: Integration im Wohnumfeld).

Der typologische Rundgang durch die Landschaft offener Treffpunkte hat bis hierher zunächst nur eine Reihe von Angebotsformen erbracht, die für MigrantInnen als Eltern/Mütter mit Kindern nicht attraktiv oder »heimlich« ausschließend sind.

3.2.2 Interkulturell offen – ohne Deutsche: internationale Zentren und Treffpunkte

Es gibt einen Typ von offenem Zentrum, der unter Titeln wie »internationales Mütterzentrum bzw. -Forum«, »internationales Frauenfrühstück« u.ä. zwar laut Angebotsprofil immer »Deutsche und AusländerInnen« ansprechen möchte. In der Praxis sind diese Zentren aber im Schwerpunkt Treffpunkt für Migrantinnen-Frauen unterschiedlicher ethnisch-nationaler Herkunft; als weitere Besucher/innengruppe gesellen sich – deutsche und ausländische – Frauen aus binationalen Partnerschaften dazu oder solche, die eine binationale Partnerschaft hinter sich haben. Frauen aus »deutschen Normalfamilien« finden selten den Weg in solche Treffpunkte. Aber auch wenn der interkulturell-internationale Charakter solcher Projekte ohne deutsche Besucherinnen und Laien-Aktive auskommen muss: Sie schaffen außerhalb der abgeschlossenen familialen Welt eine Zone halböffentlicher Bewegungsfreiheit und Raum für das Sammeln und den Austausch von Erfahrungen. Wo es in Stadtteilen mit hohem Anteil an Bewohner/innen mit Migrationshintergrund nicht gelingt, Mütter- und Familienzentren oder andere Treffpunkte für Deutsche und Migrantinnen zugleich offen und attraktiv zu gestalten, haben Projekte internationaler Stadtteilarbeit, internationale Familien- und

Mütterzentren eine wichtige Funktion zu erfüllen, die von professionellen Beratungsstellen und zeitlich eng begrenzten Gruppenangeboten so nicht erfüllt werden kann.

3.2.3 Interkulturell offen für Deutsche und für Familienfrauen mit Migrationshintergrund: Eine Minderheit der Mütter- und Familienzentren

In den letzten Jahren haben sich eine Reihe von Mütterzentren – noch eine überschaubare Minderheit – unter dem Einfluss veränderter Bewohnerstrukturen in ihrem Umfeld z.T. einfach »in der Praxis« und auf Initiative der Besucherinnen mit Migrationshintergrund, z.T. im Rahmen einer konzeptionellen Weiterentwicklung und Umorientierung für Gruppen von Migrant/innen geöffnet. Dabei gilt es eine schwierige Balance zu halten zwischen dem Eigenraum, der ethnisch homogenen Gruppen z.B. von Türkinnen in einem solchen Projekt zugestanden werden muss, und der verantwortlichen und aktiven Einbindung dieser »besonderen Gruppen« in das Gesamtprojekt, das von der Übernahme von Verantwortung lebt und seine Entwicklung in vielen Absprachen und Plenarsitzungen kollektiv klären muss. Dabei sind Mütterzentren durch das Prinzip, dass für praktische Arbeit Honorare bezahlt werden, dafür aber kein oder ein sehr kleiner Stamm von Professionellen im Projekt arbeitet, auch für Frauen mit Niedrigeinkommen als Ort zur Aufbesserung des Familieneinkommens attraktiv, und das gilt auch für Migrantinnen, für die sich so Chancen der Integration in die Teams ergeben.

Die Anzahl der offenen Familientreffpunkte, in denen einheimische Familienfrauen Gründerinnen und Stammgäste sind, die aber eine Erweiterung des Besucherinnen-Spektrums in den Bereich der Familien mit Migrationshintergrund aktiv betreiben oder erfolgreich zulassen, ist noch bescheiden. Die Alltagserfahrungen mit Besucherinnengruppen aus verschiedenen Kulturen dort sind bisher nicht vergleichend und systematisch ausgewertet worden. Aber die wenigen Beispiele, die es gibt – in Bayern unter ihnen das SOS-Mütterzentrum in Neuaubing, das Mütterzentrum Fürth und mit weiterweisenden Ansätzen das Familienzentrum Poing – zeigen, dass sich, wenn nur ein konzeptionelles Fundament dafür da ist, der »klassische« Ansatz der Mütter- und Familienzentren mit einer interkulturellen Perspektive ausweiten lässt. In den Zentren, in deren Einzugsgebiet ein nennenswerter Anteil von Familien mit Migrationshintergrund wohnt, sollte deshalb – im Dialog mit allen anderen Akteuren kommunaler Integrationspolitik – über diese Perspektive nachgedacht, sie sollte in den Zielkatalog aufgenommen werden.

3.3 Moscheevereine / Interreligiöser Dialog an der Basis

Anders als das für inzwischen die meisten christlichen Kirchengemeinden mit ihren Angeboten an Mutter-Kind-Gruppen u.ä. gilt, sind die meisten Moscheen – trotz der oft um sie herum gelagerten Einzelhandelsbetriebe – keine Orte des sozialen Zusammenseins für Frauen. Allerdings entwickeln sich – ganz unabhängig von der mehr oder weniger konservativ-religiösen Ausrichtung der Vereine immer häufiger kleine Zonen einer unabhängigen Frauenaktivität, die sich von religiösen Themen teilweise löst und Fragen der

Alltagsgestaltung unter Bedingungen der Migration aufgreift¹¹. Wie das für die Moscheevereine insgesamt auch gilt, sind diese Frauenaktivitäten Teil der lokalen zivilen Gesellschaft; sie müssen deshalb als Partner für Praxis und Dialog von Politik, Verwaltung und Fachpraxis »entdeckt« und Ernst genommen werden. Nicht erst unter dem Eindruck des Terroranschlags vom 11. September 2001 haben sich in vielen Kommunen die Dialog- und Erfahrungsbeziehungen zwischen der deutschen Aufnahmegesellschaft und religiösen Vereinigungen der Muslime vervielfacht. Häufig bleiben diese Dialoge an die formalen Organisationen und ihre Repräsentanten gebunden und erreichen die tatsächliche soziale Praxis der Moscheevereine nicht – die oft, wie berichtet wird, und das gerade bei eher fundamentalistischen Glaubensrichtungen, auch Angebote der Jugendarbeit umfasst. Der interreligiöse Dialog, der sich mit vielen Grundsatzfragen der Religions- und Ordnungspolitik beschäftigen muss (z.B. der Frage nach der Bildung und Anerkennung einer zentralen Vertretung der Muslime als Verhandlungspartner für Fragen der Entwicklung eines muslimischen Religionsunterrichts u.ä.), wird in der Regel eher auf der Ebene von Gremien und häufig »stadtweit« organisiert sein. Wo es um die Schaffung und Öffnung sozialer Räume für die wechselseitige Begegnung von Familien(frauen) mit unterschiedlicher ethnisch-nationalem Hintergrund geht, steht nicht der interreligiöse Dialog auf der Tagesordnung, sondern soziale Praxis: Begegnungen, Informationen, gemeinsame Organisation von Festen und die Einführung anders religiöser »Nachbarn« in eigene religiöse Feiern und Riten. Die Moscheevereine können ebenso wie das für Kirchengemeinden gilt, Kommunikationsplattformen zum Erreichen von bestimmten Gruppen von Familien sein, die über geplante Aktivitäten im Stadtteil – und sei es die Umgestaltung oder Pflege eines Spielplatzes – informiert werden können. Aber die Vereine sind keineswegs die einzigen Partner, mit denen Fragen der unterschiedlichen religiösen Alltagspraxis in Familien besprochen werden können.

Sie, aber auch die Eltern muslimischer Kinder, können Laien-Experten sein, wenn es darum geht, die Existenz einer weiteren großen Religionsgemeinschaft neben den christlichen Kirchen und den jüdischen Gemeinden in Deutschland sichtbar zu machen. Das Jahr ist im Kalender von Kindergärten und Schulen an vielen Punkten mit christlichen Botschaften und Ritualen »imprägniert«. Es sollte selbstverständlich werden, dass katholische, evangelische und konfessionslose Kinder anhand des praktizierten Glaubens in muslimischen Familien und Netzwerken etwas über die Bedeutung des Fastens, über Feste und Feiertage, über das tägliche Beten, über die Pilgerfahrten nach Mekka erfahren. Im Austausch dagegen sollen muslimische Kinder nicht einfach mit christlichen Glaubensinhalten und Festanlässen auf dem Kalender konfrontiert werden, sondern es sollte ihnen mit dem Respekt vor dem anderen kulturell-religiösen Hintergrund gezeigt werden, wo sich die verschiedenen praktizierten Religionen in ihrer Bedeutung für den gelebten Alltag unterscheiden.

11 Für eine sorgfältige regionale Bestandsaufnahme zu den islamischen Vereinen, allerdings auf dem Stand von 1998, vgl. Engelbrecht/Metin

3.4 Einige allgemeine Anforderungen an die Ausgestaltung offener Treffpunkte für Familien mit Migrationshintergrund

Die große Mehrheit der Zugewanderten kommt aus mediterranen oder »südlichen« Kulturen, in denen nicht nur Gastfreundschaft, sondern auch generell das Essen und Mahlzeiten eine herausragende Bedeutung im Alltag haben. Räume, die für Familien – vor allem Frauen und Kinder – mit Migrationshintergrund anziehend sein sollen, müssen zunächst eine Atmosphäre des »Willkommen!« ausstrahlen, wozu auch eine dingliche Ausstattung zählt, die es den BesucherInnen erlaubt, ihre eigene »Sachkultur« und ihr ästhetisches Empfinden wenigstens an einzelnen Gegenständen oder Dekorationen in der Raumgestaltung wieder zu erkennen. Und die Räume müssen Gelegenheit für das Zubereiten und Auftragen von Mahlzeiten bieten. Im rundum füreinander Kochen lernen sich Frauen, die Besucherinnen in solchen offenen Treffpunkten sind, auf eine sehr weitwinklige Art und Weise kennen, es dominiert dann nicht durchweg die verbale Kommunikation – und das erleichtert es bei Gruppen mit TeilnehmerInnen aus verschiedenen Sprachkreisen, miteinander auf freundliche und direkte Weise um zu gehen.

Die Angebote in offenen Treffpunkten für (Migranten)-Familien sollten so weit wie möglich kostenlos sein, da das Familienbudget bei vielen Familien ausländischer Herkunft sehr knapp kalkuliert ist und oft auch sehr eng kontrolliert wird. Angebote, die zur Entlastung des Familienbudgets beitragen, gehören daher als wesentliche Elemente ins Programm.

Für die Träger offener Treffpunkte kommt es aber auch darauf an, dass sie sich Partner – z.B. aus dem Feld der Migranten-Selbstorganisationen – für bestimmte Projekte, Themen und Aktionen heranholen, dass sie aber auch selbst ggf. Angebote in Kooperation mit Migranten-Vereinen und in deren Räumen durchführen.

4 Handlungsfeld 4: Förderung von Migranten-Selbstorganisationen

Die Migranten-Selbstorganisationen befinden sich in einem tiefgreifenden und raschen Umbruchprozess. Immer stärker orientiert sich eine wachsende Zahl unter ihnen in ihrer Arbeit auf Fragen der Integration ihrer Mitglieder – die nicht mehr durchwegs ethnisch-national definiert und abgegrenzt sind; die Zahl der Gruppierungen mit einer interethnischen Mitgliedschaft wächst ebenso wie Tempo und Anzahl der Neugründungen hoch sind (nach einer Phase der Stagnation, die aber schon zu Beginn der 90er Jahre beendet war).

Migrationsarbeit ist bisher ein eng abgegrenzter Bereich sozialer Arbeit – mit einer starken Stellung der Wohlfahrtsverbände, auf die für die muttersprachliche Beratung die verschiedenen Nationalitäten einst verteilt wurden. Ein konzeptioneller Umbruch unter dem Einfluss der Debatte um die interkulturelle Öffnung der Regeldienste hat die muttersprachlichen Beratungsangebote massiv unter Druck gesetzt, die Finanzierungsbedingungen verschlechtert und zur Neuformierung von ethnisch übergreifenden Migrations-Fachdiensten geführt. Das hat aber an der starken Stellung der Verbände und der von ihnen entwickelten Projekte im Feld der Migrationsarbeit und -sozialarbeit nichts geändert. Ein Großteil der Ressourcen, der – neben der Förderung von Sprachkursen – von der Bundesebene in das Aufgabenfeld Migration/Integration fließt, ist weiter für die Arbeit dieser Fachdienste bestimmt. Aufgrund von Kofinanzierungsregeln verstärken die kommunalen – und in aller Regel auch die Landesmittel – diese Struktur und damit die Dominanz der Wohlfahrtsverbände im Feld der Migrations- und Integrationsarbeit.

Die Migrantenselbstorganisationen sind lange Zeit – und das entsprach auch ihrem realen Selbstverständnis und Aktivitätsprofil – in ihrer übergroßen Mehrheit als Gruppierungen wahrgenommen worden, die sich vor allem für das Aufrechterhalten der Brücken zum Herkunftsland und seiner Kultur und Politik engagieren. Dieses vordergründige Bild hat allerdings vor allem für die spanischen und griechischen Gemeinden in Deutschland keine Gültigkeit gehabt. Deren Elternvereine haben einen gewichtigen Anteil daran, dass die Bildungserfolge der Kinder dieser beiden Nationalitäten sich deutlich positiv von denen anderer Nationalität, vor allem von Türken (aber auch von Italienern!) unterscheiden. Es gibt zwar in der türkischen Community auch Elternvereine; sie haben aber im Verhältnis zur großen Anzahl der in Deutschland lebenden türkischen Familien viel geringeres »spezifisches« Gewicht als das für die spanischen und griechischen Elternvereine zu den Hochzeiten der klassischen Arbeitsmigration galt. Angesichts einer solchen Struktur und eines solchen »heimatwärts« gerichteten Aktivitätsprofils vieler Selbstorganisationen haben neben der Arbeit der Wohlfahrtsverbände Projekte, die von Deutschen aus sozialem Engagement für »ausländische Arbeiterkinder« ins Leben gerufen worden sind, heute als Projektträger im Bereich der Integrationsarbeit eine gewichtige Stellung. Wenn und solange die Finanzmittel für Integrationsaufgaben – worunter wir vor allem die in diesem Leitfaden umrissenen Handlungsfelder verstehen – nicht massiv aufgestockt werden, wird eine stärkere Beteiligung der Migranten-Selbstorganisationen an der Ausgestaltung von Integration, von sozialer Arbeit im Stadtteil, von Beratungs- und Bildungsarbeit, von

Sprachförderung nur auf Kosten der etablierten Träger und Projekte möglich sein. Diese Konstellation lässt einen Verteilungskampf erwarten, bei dem die neu mit der Arbeit beginnenden Träger sicherlich zunächst am kürzeren Hebel sitzen würden.

Um ein solches Konfliktszenario auszuschließen und um sicher zu stellen, dass die Selbsthilfe-Organisationen Betroffener, der aktiv und verantwortlich für ihre Integration arbeitenden Migranten, an der Gestaltung des Aktionsfelds »Integration« nicht nur als Zaungäste beteiligt werden, sondern entsprechend ihrem Gewicht und ihrem thematischen Engagement, sind Förderkonzepte für integrationsbezogene Projekte der Selbsthilfe-Organisationen nötig.

4.1 Modellbeispiel für die Selbsthilfeförderung: München

In der Stadt München besteht seit mehr als 15 Jahren ein Modell städtischer Förderung von Selbsthilfe, das auch die Förderung von Migranten-Selbstorganisationen möglich macht. Nachdem über lange Jahre dieser Bereich unter den geförderten Gruppen fast nicht vertreten war, ist in den beiden letzten Jahren durch Informations- und Öffentlichkeitsarbeit bei den Gruppierungen die Bereitschaft, das Interesse und die Fähigkeit gewachsen, eigene Projektanträge zu stellen. Komplexe und aufwändige Projekte können mit den beschränkten Mitteln des Selbsthilfefonds der Stadt München nicht finanziert werden. Auf mittlere Sicht wird eine wachsende Anzahl von Migranten-Selbsthilfeorganisationen als Träger und Organisator von Projekten in den in diesem Leitfaden beschriebenen Handlungsfeldern in Erscheinung treten. Dazu wird es notwendig sein, dass auch auf Landesebene flexible, an die Bedingungen im Feld der Integrationsaufgaben angepasste Förderrichtlinien und ein dafür bestimmter zusätzlicher Haushaltstitel entwickelt und ausgestattet werden¹².

4.2 Die Migrantenselbstorganisation »KIM« – Koordination interkultureller Projekte München¹³

Eine Migrantenselbstorganisation »neuen Typs« ist im Rahmen des Projekts »Der soziale Nahraum in seiner Integrationsfunktion für Familien ausländischer Herkunft« exemplarisch dokumentiert worden: KIM – die Koordination interkultureller Projekte München. KIM unterscheidet sich vom »normalen« Muster vieler Migranten-Selbstorganisationen durch ihre klare Orientierung auf die Integration der Zugewanderten in die Aufnahmegesellschaft, durch ihr Interesse an der Förderung der sozialökonomischen Integration von Migranten z.B. über die Förderung ihrer Einmündung in Ausbildung und Arbeitsmarkt (mit großem Erfolg praktisch umgesetzt im Projekt »MOVA« – Mobilisierung von Ausbildungsstellen bei ausländischen

12 In Nordrhein-Westfalen haben solche Förderrichtlinien für die Einbeziehung von Migranten-Selbstorganisationen in die Integrationsarbeit sehr positive Wirkungen erzielt und das Feld der Akteure im Bereich der Integration gestärkt und durchsetzungsfähiger gemacht. Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrg.) 1999

13 Vgl. Jaeckel, Monika/Erlar, Wolfgang 2003 b

Arbeitgebern durch die Aquisition von zahlreichen ausländischen Unternehmen, die bereit waren, den Weg zur Ausbilder-Eignungsprüfung zu gehen und betriebliche Ausbildungsplätze anzubieten); und sie unterscheidet sich durch ihre Organisationsform als GmbH – im Unterschied zum eingetragenen Verein, wie er für Selbstorganisationen typisch ist –, womit der Anspruch zum Ausdruck gebracht werden soll, auch ökonomisch relevante, von ihrem finanziellen Umfang her großvolumige Projekte der Integrationsarbeit in eigener Trägerschaft zu übernehmen und dieses Feld nicht allein den – deutschen – Trägerorganisationen für Migrationsarbeit zu überlassen. Aus der Dokumentation lassen sich die Schwierigkeiten ablesen, die Migrantenorganisationen dabei haben können, im Feld der professionell organisierten Integrationsarbeit Fuß zu fassen; aber sie enthält auch eine Reihe von Hinweisen auf Problemlösungen und Handlungsansätze, die von Projekten in »deutscher Regie« so nicht umgesetzt werden könnten – z. B. der große Erfolg bei der Mobilisierung von ausländischen Unternehmern für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, der im wesentlichen auf der persönlichen Ansprache dieser Unternehmer beruht, die einem ehemaligen Landsmann einen höheren Vertrauensvorschuss einräumten als sie das für Abgesandte einer »deutschen« Institution getan hätten.

5 Handlungsfeld 5: Integration im Wohnumfeld

Zugewanderte Familien beziehen sich in ihrer alltäglichen Kommunikation vor allem auf ihre familiären und eigenethnischen Netzwerke. Sie werden von schriftlichen Informationen – zumal solchen in deutscher Sprache – kaum erreicht. Partizipation im Stadtteil kann mit ihnen gemeinsam deshalb in erster Linie auf der Basis von face-to-face-Kontakten und als gemeinsames Handeln zustande kommen.

Das gelingt am ehesten bei Anlässen und Themen, die unmittelbar vor der Haustür im Wohnquartier liegen. Zu ihnen gehören z. B. gemeinsame Aktionen gegen die Vermüllung von Höfen und Spielplätzen oder positiv das Anlegen von Gärten, Begrünungen, Grillplätzen, Planschbecken und Gemeinschaftsflächen, die Organisation von Gebrauchtmöbel- und Sperrmüll-Märkten, das Abhalten von Kleiderbasaren mit Kleidung für Kinder, aber auch für Erwachsene. Weitere Möglichkeiten, um in einen praktischen Nachbarschaftskontakt zu kommen, bieten Werkstätten mit Geräteverleih, Plätze oder Räume für die leihweise Nutzung von Sport- und Fitnessgeräten durch Jugendliche, Spielzeugtauschaktionen, abgesprochene Aktionen zur Gestaltung von Höfen und Eingangsbereichen, die Begleitung von Kinder-Fußballmannschaften auf bespielbare Rasenflächen in Reichweite der Wohngebiete durch sporterfahrene Väter. Auch Themen wie Schulwegsicherung, Verkehrsberuhigung, Hofbegrünungsaktionen oder die Spielplatzgestaltung sind Fragen, an denen Familien ausländischer Herkunft Interesse bekunden und wo sie sich an der Problemlösung praktisch beteiligen.

Schließlich stellen die Vermittlung von Fertigkeiten und praktische Entlastungsangebote für den Alltag attraktive Angebote für Familien ausländischer Herkunft dar. Dies kann sich beziehen auf Kurse wie Nähkurse, Fahrrad fahren, Schwimm- und Computerkurse, aber auch auf Entlastungen wie Kurzzeit-Kinderbetreuung, um Arzttermine oder Behördengänge wahrzunehmen.

6 Handlungsfeld 6: Integration zur Angelegenheit der Stadtgesellschaft machen

Solange Integrationsarbeit »Ausländerarbeit« ist, bleibt sie Aufgabe und Angelegenheit einer spezialistischen Fachszene und Fachlobby für Migrations-themen. Da aber Integration »keine Einbahnstraße« sein kann, sondern den Prozess der gemeinsamen Entwicklung eines Gemeinwesens von und für Menschen vielfältigster Herkunft bezeichnet, kann sie nicht arbeitsteilig von wenigen Projekten und Fachleuten »erledigt« werden – und sie ist auch kei-nesfalls nur Aufgabe von Politik und Behörden.

6.1 Der Fürther Verein zur Förderung des interkulturellen Zusammenlebens

Es ist deshalb folgerichtig, wenn sich neben den Selbstorganisationen der Migranten und neben der professionellen Fachbasis der Migrationsarbeit, neben den für Ausländerfragen zuständigen Personen in der Verwaltung partei- und bereichsübergreifend bürgerschaftliche Initiativen bilden, die als Motor für Integration im Sinne der Arbeit für ein gemeinsam neues Gemeinwesen wirken können.

Eine solche Initiative hat sich in Fürth unter dem Namen »Verein zur Förderung des interkulturellen Zusammenlebens in Fürth e.V. – VIZ« gegründet. Ihr gehören – auch auf Vorstandsebene – MigrantInnen ebenso wie Deutsche, Personen aus der Politik ebenso wie aus dem wirtschaftlichen Leben und dem Schulbereich an. Das Motto, unter das der Verein seine Tätigkeit stellt, lautet »Eigenständigkeit bewahren, und sich dennoch ins Gemeinwesen einfügen – darauf beruht der soziale Friede und der geistige Reichtum unserer Kommune«. Der Verein sieht seine Aufgabe sowohl in der Zusammenarbeit mit allen Akteuren im Feld der Integrationsarbeit – ob Bildungsträger oder Sozialverbände, ob Schulen oder Ausländerberatung – als auch im Anstoßen und verantwortlichen Übernehmen innovativer Projekte. Ein anspruchsvolles Projekt in diesem Sinn trägt den Titel »Schüler – Eltern – Lehrer. Interkulturelles Lernen«. Es zielt auf die Integration ausländischer Kinder in das Schulleben und sucht dazu auch den Kontakt zu den Eltern.

Die Entwicklung solcher übergreifender Organisationsformen ist der neuen Phase angemessen, in die der gesellschaftliche Umgang mit Migration und Integration jetzt eingetreten ist – sie ist als wichtiger Baustein zu betrachten, um die kommunale Ausgestaltung des interkulturellen Zusammenlebens – einschließlich seiner ökonomischen Komponenten – in die Hände der örtlichen Gemeinschaft bzw. der Stadtgesellschaft zu legen.

7 Handlungsfeld 7: Thematische Angebote für Familien zu Wert- und Erziehungsfragen, zwei- und mehrsprachig

Angebote der Familienbildung, überwiegend in Kursform organisiert, erreichen Familien mit Migrationshintergrund kaum, weil sie deutsche Sprachkenntnisse voraussetzen. Ausdrücklich fremdsprachige Angebote, die bis jetzt nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Gesamtangebot der kursförmigen Familienbildung ausmachen, sind hier die Ausnahme von der Regel. Zu den Ausnahmen gehört in Bayern vor allem die evangelische Familienbildungsstätte Nürnberg mit ihrer profilierten interkulturellen Arbeitslinie.

7.1 Schwangerschaft und Themen rund um die Geburt als Themen der Selbstverständigung und Familienbildung von und für Migranten-Frauen

Im Mittelpunkt der für die Familienbildungsstätte Nürnberg exemplarisch benannten Arbeitslinie stehen Fragen und Themen rund um Schwangerschaft und Geburt. Dieses Themenfeld ist für deutsche Frauen auf dem Weg zur Mutterschaft seit vielen Jahren einer der am intensivsten durch Selbsthilfegruppen (Stillgruppen) und einen inzwischen ausdifferenzierten Markt von Gruppen-Bildungsangeboten abgedeckten Bereiche. Die Angebote sind mittlerweile, mit und ohne individuelle Förderung durch die Krankenkassen, als neues ambulantes Tätigkeitsfeld von Hebammen und anderen Berufsgruppen (bis hin zu Ärzten, weitergebildeten Krankenschwestern, Geburtsvorbereiterinnen) flächendeckend verankert. Ein großer Teil der »deutschen Schwangeren« und – zumindest zeitweise – ein wachsender Anteil der werdenden Väter nimmt an solchen Kursangeboten teil, die die nicht mehr stattfindende Weitergabe von heute nicht mehr passendem Erfahrungswissen der Elterngeneration ersetzen.

Migrantinnen (und ihre Neugeborenen), die nach eindeutigen Ergebnissen der sozialespidemiologischen Gesundheitsberichterstattung zumindest bis vor kurzem in Bezug auf etliche Parameter erhöhten und gewichtigen Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind, nehmen aufgrund der kulturell homogenen Geschlossenheit der Kursangebote und wegen ihrer sprachlichen Form (muttersprachlich Deutsch) bisher an solchen Angeboten fast nicht teil. Allerdings wächst die Zahl der gut ausgebildeten Frauen mit Migrationshintergrund, die zugleich ausgezeichnet Deutsch sprechen und sich als in Deutschland schon integriert betrachten – oder nach eigenem Selbstverständnis energisch darauf hinarbeiten. Solche Frauen nehmen in wachsender Anzahl an den selbstorganisierten und »marktvermittelten« Angeboten zu Themen rund um die Geburt teil.

Diese Situation war Ausgangspunkt für die Familienbildungsstätte in Nürnberg, in enger Kooperation mit anderen interessierten Akteuren vor allem aus dem Klinikbereich ein Informations- und Vorbereitungsangebot für Migrantinnen rund um die Geburt anzubieten. Wegen des offensichtlichen Gesundheitsbezugs des Angebots gehört zu den Partnern im Projekt auch das städtische Gesundheitsamt der Stadt Nürnberg, das die Kosten des Angebots auch mit finanziert. Außer der muttersprachlich türkischen Mitarbeiterin der Familienbildungsstätte wirken an den Gruppenangeboten auch nicht deutschsprachige Hebammen (eine türkischsprachige und zwei mit

osteuropäischen Muttersprachen) mit. In den Gruppen wird je nach ethnischer Zugehörigkeit der Teilnehmerinnen mit der Verwendung unterschiedlicher Sprachen experimentiert – durchaus nicht alle Teilnehmerinnen haben einen ethnisch-türkischen oder kurdischen Hintergrund.

Es erstaunt, dass derartige Angebote bisher nur sehr vereinzelt zur Landschaft der Migrationsarbeit gehören. Eine Ursache dafür ist, dass der Bedarf in der Regel nur analytisch abgeleitet ist – in den Erfahrungen der Geburtshilfe-Professionellen werden die Informationsdefizite und Verständigungsprobleme von Migrantinnen-Frauen als Arbeiterschwernis hingegenommen, Verbesserungen werden als außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereichs liegend verstanden. Und in der Tat: mit multilingualer Kompetenz, die zu den Hauptgruppen der in deutschen Kliniken entbindenden Migrantinnen passt, können Ärzte und Hebammen nur im Ausnahmefall aufwarten.

Die Kursangebote, die für deutsche Frauen heute wohl etabliert sind, sind das Ergebnis einer mit der neuen Frauenbewegung vor 30 Jahren begonnenen Auseinandersetzung um Normalität und menschliches Maß vs. pathologisierende Technik- und Expertendominanz in der Geburtshilfe. Viele der damaligen Akteurinnen waren Gründerinnen der ersten, meist selbst organisierten Angebote in diesem Feld.

Eine vergleichbar durchschlagskräftige Bewegung von Migrantinnen, die das Recht auf umfassendes Wissen und Selbstbestimmung rund um die Geburt einklagen und durchsetzen würde, ist vorerst nicht in Sicht. Umso größer die Verantwortung der kommunalen Netzwerke zur Förderung der Integration, die an diesem Punkt mit erhöhter Energie zur Stillung eines großen Nachholbedarfs beizutragen hätten.

7.2 Orientierung und Debatten fördernd: Die türkisch-deutschen Elternbriefe des Arbeitskreises Neue Erziehung (Berlin)

Einen medial vermittelten Weg, um in zugewanderten – zunächst: türkischen – Familien Diskussionen über Erziehungsziele und Erziehungsverhalten, über Autorität und Partnerschaft anzustoßen, hat der Berliner Arbeitskreis Neue Erziehung ANE (mit Projektförderung durch eine in Holland ansässige Stiftung!) eröffnet. Als Nachfolgeprodukt zu Videokassetten über den gelebten Alltag von Migrantinnen in Deutschland, die in den achtziger Jahren produziert und seither mit positiver Resonanz vor allem bei (Migrantinnen-) Vereinen und Projekten der Migrationsarbeit gezeigt wurden, hat er eine (noch nicht abgeschlossene) Serie von zweisprachig türkisch-deutsch gehaltenen Elternbriefen entwickeln lassen. Nach dem Vorbild der deutschsprachigen Elternbriefe, die von einer Reihe von Jugendämtern an alle jungen Eltern verschickt werden, werden darin anhand exemplarischer und typischer Szenen aus dem Familienleben Grundfragen der Orientierung in Bezug auf Familie und Erziehung erörtert. Im dritten Brief geht es z.B. um Folgendes: Canan ist zwar erst zwei Jahre alt, aber Hülya und Oktay streiten sich schon über ihren zukünftigen Beruf. Weitere Themen: geschlechtsspezifische Erziehung, Trotzphase, Selbständigkeit, Bettnässen, Ernährung des Kindes, ein zweites Kind? – Zur Verteilung der Briefe hat der ANE ein Netzwerk mit Kooperationspartnern geknüpft, das quer durch Deutschland reicht. Unter den Partnern sind neben Projekten der Migrations-Sozialarbeit und Beratungsstellen viele Migrantinnen-Selbstorganisationen; Ziel bei der Verteilung

der Briefe ist es, dass diese nicht nur als gedrucktes Papier in individuelle Familien wandern und dort womöglich abgelegt und vergessen werden. Vielmehr wird angestrebt, dass von und bei den Partnern Settings hergestellt werden, bei denen über die Konfliktthemen aus den Elternbriefen in Gruppen diskutiert und gearbeitet wird. Der ANE bietet zugleich ein Organisations-Entwicklungs-Training für Migrant*innenorganisationen an, das vor allem Fragen der Vereinsorganisation, die Definition und Entwicklung von Zielen und Konzepten behandelt und dadurch die formellen Grundlagen für die Stellung von Förderanträgen legen soll. Mit diesen Trainings stellt der ANE eine Brücke zu den Gruppierungen her, die als Plattform für die Formulierung inhaltlicher Impulse für deren Arbeit dienen kann – Impulse, die sich auf Themen der Bewältigung des Lebens in Deutschland, in der Migration beziehen und immer stärker die Frage nach der (familien-)biografischen Integration stellen.

Die zweisprachigen Elternbriefe des ANE sind ein inhaltlich und methodisch gründlich erprobter Beitrag, um in und zwischen Familien mit Migrationshintergrund, aber auch im Gespräch mit deutschen Familien(frauen) reflektierte Diskussionen über die eigenen Grundorientierungen »zwischen Herkunftsland und zweiter Heimat« anzustoßen. Die Briefe und ggf. weiter entwickelte Folgeprodukte eignen sich als Mosaikstein eines kommunalen Integrationskonzepts, wenn ihre möglichst breite Verteilung »nah am Alltag« türkischer Familien in Stadtteilen gewährleistet werden kann.

Handlungsfeld 8: Die Arbeit mit der Kompetenzbilanz für Migrant/innen¹⁴

Eines der größten Probleme, zunehmend auch für Migrantinnen, die auf dem Weg der Heiratsmigration vor allem aus der Türkei nach Deutschland kommen, ist die fehlende Anerkennung von beruflichen Erfahrungen und z.T. sogar von Ausbildungsgängen, die sie im Herkunftsland durchlaufen haben. Zugleich fehlt den neu Angekommenen ein realistisches Wissen über die formalen und inhaltlich-qualifikatorischen Anforderungen an Arbeitsplätzen in Deutschland. Im Zusammenhang mit der seit einigen Jahren in Europa, ja weltweit intensiv geführten Diskussion um die Anerkennung von informell – durch Lernen am Arbeitsplatz oder andere Formen von Praxis – erworbenen Kompetenzen gewinnt dieser Konflikt eine neue Aktualität. Häufig klagen Migrant/innen darüber, dass ihnen keine realistischen Wege offen stehen, um an ihre mitgebrachten Kompetenzen anzuknüpfen¹⁵ und sie, ergänzt durch Qualifizierungsbausteine, in eine Erwerbsarbeit einzubringen. Diese Diskussion berührt sich mit der Debatte um die fehlende Passung zwischen Arbeitslosen und dem Anforderungsprofil offener Stellen. Dieser fehlenden Passung sollen Verfahren wie das viel diskutierte »Profiling« entgegenarbeiten, indem sie ein ausdifferenziertes Kompetenzprofil der Arbeitssuchenden erstellen. In dieses Profil sollen alle Fähigkeiten und Stärken eingearbeitet werden, die für die jeweilige individuelle Person kennzeichnend sind.

In Analogie zu diesem Ansatz zielt die im Projekt entwickelte Kompetenzbilanz für Migranten darauf, in biografischer Arbeit das ganze Spektrum der eigenen Fähigkeiten, Erfahrungen und Möglichkeiten vor sich auszubringen und auf dieser Grundlage an der Formulierung einer Perspektive für das künftige Leben in Deutschland zu arbeiten. Methodisch und inhaltlich knüpft die Kompetenzbilanz für Migranten an die Kompetenzbilanz an, die von einem Team des Deutschen Jugendinstituts gemeinsam mit der wissenschaftlichen Projektstelle der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Süddeutschlands zur Dokumentation von Kompetenzen entwickelt wurde, die in der Familienarbeit – von Müttern und Vätern – erworben wurden. Ziel der Arbeit mit beiden Formen von Kompetenzbilanz ist die Erstellung einer Bestandsaufnahme zu den eigenen Fähigkeiten und, daraus abgeleitet, möglichen biografischen Perspektiven.

Wenn in der nächsten Zeit Fortschritte beim Bildungs- und beruflichen Eingliederungserfolg der zugewanderten Bevölkerung erreicht werden sollen, dann müssen Methoden einer auf die einzelne Person individuell abgestimmten Förderung entwickelt und in der Praxis selbstverständlich werden. Die Kompetenzbilanz ist ein erster Schritt zur Formulierung einer individuellen Förderperspektive. Ihre Durchführung bedarf der Anleitung und Begleitung – Anbieter von Sprach- und Orientierungskursen sowie von anderen Grup-

¹⁴ Jaeckel, Monika/Erlor, Wolfgang 2003 a

¹⁵ »Ich habe in der Türkei bei einer Medical-Firma gearbeitet. Ich war sehr zufrieden mit meinem Beruf. Ich habe aber keine Zeugnisse über meine Leistungen bekommen. Ich kann diesen Beruf in Deutschland nicht ausüben ... Ich möchte aber unbedingt einen Beruf erlernen und nicht nur als Putzkraft arbeiten«. Solche Aussagen sind in den individuellen Interviews mit Migrantinnen-Frauen im Projekt in erstaunlicher Häufigkeit gefallen.

penangeboten für Migrant/innen sind eingeladen, sich nach einer Einweisung und Einführung des Instruments in ihrer eigenen Praxis zu bedienen.

Die Entwicklung der Kompetenzbilanz wurde durch die Einbindung von Projekt-Mitarbeitern in ein europäisches Projekt zur Entwicklung von Lern-Portfolios (ADEPT) erleichtert und unterstützt, das vom Cork Institute of Technology koordiniert wird,

9 Handlungsfeld 9: Durchführung von Orientierungskursen für neu Zugewanderte

Die Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit der Landeshauptstadt München hat in Kooperation mit einer Reihe von Sprachkursträgern unter dem Titel »Münchner Modell« als Pilotversuch ein Curriculum für Orientierungskurse für die Zielgruppe Neuzuwanderer entwickelt und erprobt.¹⁶ Das – inzwischen vom Bundesverfassungsgericht für nicht gültig zustande gekommen erklärte – Zuwanderungsgesetz sieht neben obligatorischen und gleichzeitig als Rechtsanspruch verbrieften Sprachkursen (im Umfang von 600 Stunden) für Neuzuwanderer ebenfalls Orientierungskurse¹⁷ vor; aber diese Kurse sollen den Sprachkursen nachgeschaltet und auf Deutsch angeboten werden, mit Inhalten, die sich sehr stark im Sinn traditioneller politischer Bildung auf den »Staatsaufbau« konzentrieren. Das Münchner Modell – das mit einem eigenständig entwickelten Konzept in ähnlicher Weise unter der Regie des dortigen Amts für multikulturelle Angelegenheiten auch in Frankfurt durchgeführt wurde und dessen Kernmerkmale auch von der Evaluationsstudie zum neuen Gesamtsprachkonzept des Bundes empfohlen werden¹⁸ – legt statt dessen eine stark alltagsorientierte und an den Informationsbedürfnissen der Neuzuwanderer in die Stadt orientierte Themenliste zugrunde; außerdem finden die Kurse schon vor dem Sprachkurs und muttersprachlich statt, sie sollen gerade durch ihren Beitrag zu größerer Mobilität der Neuzuwanderer in der Stadt die Motivation für die Teilnahme an Sprachförderkursen steigern. In der Evaluation hat sich auf eindrucksvolle Weise gezeigt, dass dieses Ziel sehr gut erreicht wird und dass die TeilnehmerInnen aus den Kursen einen hohen Gewinn an über den aktuellen Alltag hinausweisender Orientierung auch in Bezug auf ihre Lebensplanung ziehen können. Das Münchner Modell, dessen Curriculum erprobt ist, steht damit für die bayernweite Übertragung und Anwendung zur Verfügung.

16 Jaeckel, Monika/Erlar, Wolfgang/Spohn, Margret 2003

17 Das weitere Schicksal der Zuwanderungsgesetzgebung ist zwar völlig ungewiss. Es zeichnet sich aber ein breiter Konsens aller politischen Parteien ab, dass zumindest Regelungen zur Verbesserung der Integration, u.a. über Sprach- und Orientierungskurse und über ein bundesweites Integrationsprogramm, dringlich sind. Dieser Konsens könnte in ein vorgezogenes Integrationsgesetz münden. Schon im verabschiedeten, aber verfassungsgerichtlich für ungültig erklärten Zuwanderungsgesetz war deutlich, dass der Bund längst nicht das Gesamtspektrum gestaltender Integrationspolitik an sich ziehen wollte – das wäre mit Blick auf die kommunalen und Länderaufgaben im Bereich der Elementarerziehung und der Schulen auch verfassungsrechtlich gar nicht möglich. Deshalb besteht nicht nur eine Handlungsmöglichkeit, sondern es gibt ausgeprägte Handlungspflichten für Kommunen und (weniger klar ausgeprägt) für die Länder beim weiteren Umgang mit der Langzeit- und Daueraufgabe »Integration Zugewanderter«.

18 Forschungsgruppe FOKUS 2002

- Adamek, Karl 1996: Singen als Lebenshilfe. Zu Empirie und Theorie von Alltagsbewältigung. Plädoyer für eine »Erneuerte Kultur des Singens«. Münster
- Adamek, Karl 2002: Wenn die Seelen verstummen. Der schleichende Verfall des Singens in Deutschland ist eine Gefahr für die Gesellschaft. In: *zeitzeichen* 8/2002, 24–26
- Arbeitskreis Neue Erziehung/interkulturelle Elternarbeit o.J.: zweisprachige (türkisch-deutsche) Elternbriefe. Berlin
- Deutsches Jugendinstitut (Hrg.) 2002: Integration beginnt im sozialen Nahraum. Perspektiven und Zukunftsaufgaben der Integrationsarbeit. Werkstattgespräch/Runder Tisch am 18.11.2002 im DJI, München. Eine Veranstaltung des Projekts »der soziale Nahraum in seiner Integrationsfunktion für Familien ausländischer Herkunft – ein innovativer Ansatz der Familienbildung« (Dokumentation 11/2002). München
- Dixit, Eva 2000: Dolmetscherdienst im Krankenhaus. In: Stadt Frankfurt am Main – Amt für multikulturelle Angelegenheiten/Stadtgesundheitsamt: Gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen und Migranten. Dokumentation der Anhörung in Frankfurt am Main am 22. September 1999 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung im Römer, 22–24
- Engelbrecht, Martin/Metin, Meltem 1998: Die Islamischen Vereine in Erlangen, Fürth, Nürnberg und Schwabach. Hrg. von den Ausländerbeiräten von Erlangen, Fürth und Nürnberg. Nürnberg
- Frick, Joachim R./Wagner, Gerd G.. 2001: Deutsche Sprachfähigkeit und Umgangssprache von Zuwanderern. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 24/01 vom 4.7.01.
- Hafezi, Walid/ Schlender, Gert 2002: Migrationsarbeit und Islam als Sozialisationsfaktor. Ein Aus- und Fortbildungsprogramm des Referates für Multikulturelles der Bundesstadt Bonn, in: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrg.): Vom Dialog zur Kooperation. Die Integration von Muslimen in der Kommune. Berlin und Bonn (= In der Diskussion, Nummer 12)
- Halm, Dirk 2001: Interkulturelles Konfliktmanagement. Endbericht zum Projekt. Essen: Zentrum für Türkeistudien
- Jaeckel, Monika/Erlor, Wolfgang 2003 a: Kompetenzbilanz für Migrant/inn/en. Checkliste zum Einschätzen der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten. München: DJI
- Jaeckel, Monika/Erlor, Wolfgang 2003 b: Wie Betroffene zu Partnern werden. Die Migrantenselbstorganisation KIM (Koordinierung Interkultureller Projekte München). München (DJI Dokumentation 2/2003)
- Jaeckel, Monika/Erlor, Wolfgang, Wolfgang/Spohn, Margret 2003: Orientierung in München. Evaluation des Pilotprojektes »Orientierungskurse für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer«. Sommer 2002. Landeshauptstadt München: Direktorium. Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit
- Marschalck, Peter/ Wiedl, Karl Heinz (Hrg.) 2001: Migration und Krankheit. Osnabrück (= Schriften des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Bd. 10)
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrg.) 1999: Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme, erarbeitet vom Zentrum für Türkeistudien, Essen (Sen, Faruk/ Hayrettin, Aydin), dem Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Thranhardt, Dietrich/Dieregsweiler, Renate) und dem Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen, Solingen (Jungk, Sabine). Düsseldorf
- Nauck, Bernhard/ Niephaus, Yasemin 2001: Intergenerative Konflikte und gesundheitliche Belastungen in Migrantenfamilien. In: Marschalck/ Wiedl 2001, 217–250
- Salman, Ramazan/ Collatz, Jürgen 1999: Gemeindedolmetscher im Gesundheitswesen – Handlungsbedarf und Handlungsempfehlungen für den Einsatz von Gemeindedolmetschern im Gesundheitswesen, in: Gesundheit und Migration. Handlungsbedarf und Handlungsempfehlungen. Expertenworkshop Juli 1999. Dokumentation (= Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen), 52–54
- Salman, Ramazan 2000: Der Einsatz von (Gemeinde-)Dolmetschern im Gesundheitswesen als Beitrag zur Integration. In: Gardemann, Joachim/Müller, Wolfgang/ Remmers, Angelika (Hrg.): Migration und Gesundheit: Perspektiven für Gesundheitssysteme und öffentliches Gesundheitswesen. 23. bis 25.3. 2000, Hilden. Tagungsdokumentation und Handbuch (= Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf, Berichte & Materialien Band 17), 91–105
- Ulich, Michaela/ Oberhuemer, Pamela/ Soltendieck, Monika 2000: Interkulturelle Arbeit und Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen. Hrg. vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. München

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstraße 2
81541 München
Telefon +49 (0)89 623 06-0
Fax +49 (0)89 623 06-162
www.dji.de